

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 44. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 2 2009

Noch weniger Pension?



Bernhard Hess, Bern, SD-Geschäftsführer, erläutert das SD-Referendum gegen eine Rentenkürzung bei der 2. Säule

In der Dezembersession «überreichte» das eidgenössische Parlament den Versicherungsgesellschaften ein grosszügiges Weihnachtsgeschenk: Das Parlament beschloss den Umwandlungssatz in der 2. Säule auf 6,4 % im Jahre 2015 zu senken. Das bedeutet gegenüber dem heutigen Umwandlungssatz von 7,05 % eine Rentenkürzung bei der beruflichen Vorsorge um 10 Prozent.

Einmal mehr sind es vor allem die Banken und Versicherungen mit ihrer sehr starken Lobby, die für die erneute Senkung des Umwandlungssatzes mächtig Druck gemacht haben. Nachdem die Versicherungsgesellschaften in den ersten Jahren nach Einführung des Beruflichen Vorsorgegesetzes (BVG) die grossen Profiteure des Systems waren, konnten sie in den letzten Jahren nicht mehr so fette Gewinne an den Börsen erzielen. Mit hohen Risikoprämien und Verwaltungskosten sowie mit tiefen Umwandlungs-

sätzen im überobligatorischen Teil verdienen sie aber immer noch ganz schön mit den Pensionskassen. Dieselben Kreise, die bei der Einführung des Beruflichen Vorsorgegesetzes (BVG) nicht müde wurden, die Vorzüge der 2. Säule zu betonen und die AHV schlecht zu machen, haben in den letzten Jahren zuerst die massive Senkung der Mindestverzinsung von vormals 4 % auf 2,5 % und auf 2 % für 2009 durchgesetzt, dann die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,8 % bis 2014 und nun die nochmalige Senkung auf 6,4 % im Jahre 2015! Damit wollen sie auch in Zeiten, in denen es nicht mehr so einfach ist, an der Börse Geld zu verdienen, weiterhin hohe Renditen für ihre Aktionäre erzielen – dies mit unseren Pensionskassengeldern. Um ihre Abbaupläne durchzusetzen, haben die Versicherer übertriebene Prognosen zur Lebenserwartung verbreitet. Zudem verbreiteten sie Zweckoptimismus bei den langfristigen Anlagerenditen. Die meisten einheimischen Rentnerinnen und Rentner sind nicht auf Rosen gebettet. Sie benötigen 60 % ihres früheren Einkommens (AHV und 2. Säule zusammen sollten 60 % ergeben), um im Alter ihren gewohnten Lebensstandard weiterführen zu können. Die erneute Senkung des Umwandlungssatzes erlaubt es aber nicht mehr, dieses in der Verfassung vorgesehene Ziel von 60 % zu erreichen!

Aufforderung zur Spekulation in Krisenzeiten?

In den letzten Krisenmonaten haben die Pensionskassen mit nahezu 60 Milliarden Franken ungefähr 20 % ihres gesamten Kapitals verloren. Dies hat dazu geführt, dass die Eigenkapitaldeckung der privaten Kassen von 100 % nicht mehr garantiert werden kann. Zur Verbesserung der finanziellen Situa-



tion der Pensionskassen hat der Bundesrat nebst der Rentenkürzung höhere Investitionen in unsicheren alternativen Anlagen (Hedge Funds, Private Equity Funds usw.) ermöglicht – genau in diesen Anlagen, in denen sich die Pensionskassen nun mit hochriskanten Investitionen verspekuliert haben. Zudem wurde die Limite für Investitionen in Liegenschaften von 55 auf 30 % gesenkt.

Rentenklau stoppen!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat deshalb anlässlich seiner Sitzung vom 8. Januar 2009 beschlossen, diesen weiteren Rentenabbau nicht hinzunehmen und zusammen mit der Lega dei Ticinesi und dem Mouvement Citoyens Genevois (MCG) das Referendum zu ergreifen. Sollte es sich in einigen Jahren zeigen, dass mit dem heutigen System das verfassungsmässige Ziel von 60 % des früheren Einkommens nicht garantiert werden kann, muss dieses endlich umgebaut, resp. angepasst werden. Dann braucht es einen Ausbau der 1. Säule (AHV), die wesentlich sozialer ist als die 2. Säule. Die Versicherungsgesellschaften sollten

schon heute aus dem Geschäftsbereich der 2. Säule verbannt werden. Diese soll eine Sozialversicherung darstellen, denn es ist ungeheuerlich, dass damit dermassen private Profite erzielt werden.

Unterstützen auch Sie deshalb das Referendum der heimattrauen Parteien SD, Lega und MCG gegen die Rentenkürzungen und unterschreiben Sie noch heute den beiliegenden Unterschriftenbogen «Nein zum Pensionsabbau».

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15



**Kanton Aargau:
SD-Liste 7
unverändert**

Inhalt

- 2 Barack Obama und die Gründerväter
- 3 Sind wir alle potenzielle Verbrecher?
- 4 Des Bürgers Meinung!
- 6 Der Leerlauf von Davos – Gedanken zum WEF 2009
- 8 Marktplatz
- 9 JSD-Standpunkt
- 10 Bundesrat Merz – unbedarf und blauäugig?
- 12 Aus den Kantonen

Barack Obama und die Gründerväter

Politiker sind gerne Freunde grosser Worte, wenn es darum geht, die Massen zu begeistern. Nicht selten beziehen sie sich dabei auf historische Texte, deuten diese aber auf Kosten der Wahrheit um. Neustes Beispiel hierfür ist die Rede, die Barack Obama am 20. Januar 2009 im Anschluss an seine Vereidigung als erster schwarzer Präsident der Vereinigten Staaten hielt. In dieser Rede sagte Barack Obama, die Vereinigten Staaten hätten in schwierigen Zeiten «nicht nur wegen der Fähigkeiten oder der Vision jener in hohen Ämtern weitergemacht, sondern weil wir, das Volk, den Idealen unserer Ahnen und unseren Gründungsdokumenten treu geblieben sind». Weiter flocht er Elemente aus der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten ein: «Die Zeit ist gekommen, unseren fortdauernden Geist zu bestärken, unsere bessere Geschichte zu wählen, dieses wertvolle Geschenk, diese noble Idee weiterzutragen, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde: *das gottgegebene Versprechen, dass alle gleich sind, alle frei sind, dass alle eine Chance verdienen, ihr volles Mass an Glückseligkeit zu erstreben.*» (Hervorhebung durch den Autor).

Gründervater Jefferson hielt Schwarze für minderwertig

Inwieweit bildet Barack Obamas Rede einen Fall von Geschichtsentstellung? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir die Unabhängigkeitserklärung und ihre Verfasser unter die Lupe nehmen. Der eigentliche Satz, auf den Barack Obama sich bezieht, lautet: «Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören (...).» Dieser Satz gilt üblicherweise als Meilenstein der Menschenrechte. Man muss aber staunen: Thomas Jefferson, der an der Ausarbeitung der Unabhängigkeitserklärung mitwirkte und von 1801 bis 1809 Präsident der Vereinigten Staaten war, besass nicht nur schwarze Sklaven, er war zudem von derer biologischen und intellektuellen Minderwertigkeit überzeugt. Zwar hielt Jefferson Sklaverei für eine grosse Unge- rechtigkeit, jedoch meinte er,

Schwarze und Weisse müssen in getrennten Gesellschaften leben. Zu seinen Lebzeiten liess Jefferson lediglich acht seiner eigenen Sklaven emanzipieren. [1]

Schwarze blieben auch nach dem Sezessionskrieg Bürger zweiter Klasse

Obschon der Sezessionskrieg (1861–1865) der Propaganda zufolge für die Befreiung der schwarzen Sklaven gefochten wurde, blieb deren Gleichberechtigung nach dem Krieg weitgehend formal: Der 15. Zusatzartikel zur Verfassung verbot zwar ab 1870 die Einschränkung des aktiven Wahlrechts aufgrund der Rasse, der Hautfarbe oder des früheren Sklavenstatus. Die Schwarzen mussten aber bis 1965 warten, bevor sie ihre politischen Rechte uneingeschränkt ausüben durften. Viele der früheren Sklavenstaaten erliessen nämlich nach dem Krieg Gesetze, welche die neu erworbenen Rechte der Schwarzen wieder einschränkten. Geheimbünde wie der Ku Klux Klan und die Knights of the White Camelia wandten oftmals unbestraft offene Gewalt an, um die Schwarzen an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern. Die Lage der in den Nordstaaten lebenden Schwarzen war allerdings kaum beneidenswerter: Sie galten ebenfalls als Bürger zweiter Klasse und waren verschiedenen Diskriminierungen unterworfen: Das Ghetto von Harlem entstand bekanntlich in New York, nicht in irgendeinem Südstaat. Versuche, die Rechte der Schwarzen über gerichtliche Wege durchzusetzen scheiterten: Im Jahr 1896 verteidigte der Oberste Gerichtshof im Urteil Plessy gegen Fergusson die Verfassungskonformität der Rassentrennungsgesetze, die daraufhin bis in die 1950er in Kraft blieben.



Sklavenhandel in den USA



US-Präsident Barack Obama

Indianer waren eine unbedeutende Grösse

Noch schlimmer war das Schicksal der Indianer. In seinem Werk «*Die dunkle Seite der Demokratie*» schildert Michael Mann, wie die europäischen Siedler bereits im 17. Jahrhundert die Indianer als unbedeutende Grösse und Nordamerika als leeres Land betrachteten: Sie meinten, das Besitzrecht käme denjenigen zu, die auch das Land bearbeiten und verbessern; als Jäger und Sammler wurden die Indianer folglich nicht als legitime Besitzer wahrgenommen. Der ununterbrochene Zustrom von Siedlern hatte für die Indianer zunehmend den Verlust ihrer Lebensgrundlagen zur Folge. Die Landgier der Siedler führte zu Zwangsdeportationen und einige Siedler gingen sogar so weit, offen für den Völkermord zu plädieren.

Gnadenlose Indianerpolitik

Während des Unabhängigkeitskrieges gegen England (1775–1783) befahlen die zukünftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, George Washington und Thomas Jefferson, ihren Truppen die Vernichtung der sich mit den Briten verbündenden Indianer. In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Vereinigten Staaten betrieben Washington und Jefferson in Zusammenarbeit mit Missionaren und Schulen eine Assimilierungspolitik, die in den 1820er Jahren jedoch als Misserfolg beurteilt wurde. Die Regierung entschloss sich daraufhin für die Deportation der Indianer in ein neues Stammesgebiet westlich des Mississippi; für viele wurden die

Tracks zu einem Marsch in den Tod. Das neue Stammesgebiet brachte den Indianern aber weder Frieden noch Sicherheit: Je weiter die weissen Pioniere und Siedler westwärts vordrängten, desto enger wurde der Lebensraum der Indianer. Aufstände gegen den Landraub und die Verdrängung liess die Regierung zumeist mit grösster Härte niederschlagen.

Die Bilanz der Indianerpolitik der Vereinigten Staaten fasst Heinrich Jordis von Lohausen mit folgenden Worten zusammen: «Der rote Mann wurde durch die bleichgesichtigen Eindringlinge fast vollständig ausgerottet. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts sollen in Nordamerika etwa acht, nach späteren Berechnungen sogar dreizehn Millionen Indianer gelebt haben. Nach erfolgreicher «Landnahme» durch die Weissen waren es noch ungefähr 350 000. Die Volkszählung von 1901 nannte sogar nur die Zahl von 270 000.» [2]

Menschenrechte für alle Menschen?

Das Schicksal der Schwarzen und der Indianer zeigt, dass in den Vereinigten Staaten über einen langen Zeitraum unter Menschenrechten lediglich die Rechte der Weissen zu verstehen waren. Wurden die Ideale der Unabhängigkeitserklärung verraten? Diese Frage lässt sich nur bejahen, wenn man annehmen kann, dass mit «alle Menschen» ursprünglich wirklich alle Menschen gemeint waren und dass Jefferson mit seinen Ansichten über die Minderwertigkeit der Schwarzen alleine dastand. Nun zeigt aber gerade der Genozid an den Indianern, dass von Beginn an nicht jedes Leben als schützenswert erachtet wurde. Zudem weist Stephen E. Ambrose darauf hin, dass viele Weisse Jeffersons Ansichten über die Schwarzen teilten [3]. Barack Obama überspannte folglich den Bogen, als er sich auf die Ideale der Gründerväter bezog.

[1] Claude Fohlen, *Histoire de l'esclavage aux Etats-Unis*, Perrin, Paris 1998, S. 95–102.

[2] Heinrich Jordis von Lohausen, *Denken in Völkern. Die Kraft von Sprache und Raum in der Kultur- und Weltgeschichte*, Leopold Stocker Verlag, Graz 2001, S. 168.

[3] Stephen E. Ambrose, «*Flawed Founders. To what degree do the attitudes of Washington and Jefferson toward slavery diminish their achievements?*», in: *Smithsonian magazine*, November 2002, http://www.smithsonianmag.com/history-archaeology/Flawed_Founders.html

Jan Mahnert, Bern, ist ein parteiunabhängiger Autor

Sind wir alle potenzielle Verbrecher?

Das Paradies auf Erden, das verspricht die selbst ernannte «Elite» der Internationalisierer und Globalisierer uns gewöhnlichen Bürgern immer wieder, und leider sind manche Menschen auch ebenso naiv genug und erliegen solchen Schmalmeiesungen. «Schengen», das ist doch wunderbar, nicht? Endlich durch ganz Europa reisen, ohne je den Pass zeigen zu müssen! Als ob damit für anständige Reisende eine grosse Belastung entfielen...

Mogelpaket aufgeschnürt!

Nachdem das Volk zu «Schengen» gutgläubig Ja gesagt hat, kommt jetzt langsam zum Vorschein, was da mit dem «Kleingedruckten» alles am Volk vorbeigeschmuggelt wurde. Wer z.B. Schusswaffen besitzt, muss diese beim Kanton registrieren lassen. Jetzt darf ich also auf den Estrich steigen und die Nummer von Urgrossvaters Langgewehr 11 und die von Grossvaters Karabiner 31 notieren, um sie als gesetzestreuer Bürger der Polizei zu melden. Für Vaters Pistole, die ich ganz legal mit einem schriftlichen Vertrag übernommen habe, soll ich nachträglich einen Waffenschein einholen. Offenbar bin ich ein ganz Gefährlicher! Seltsam, nicht wahr, denn vor dreissig Jahren, als ich in die RS einrücken musste, war ich offenbar brav genug, um eine Waffe zu bekommen und sie mehr als 500 Diensttage als Soldat und später Wachtmeister mit mir herumzuschleppen. Und uiiii, Vaters Offiziersdolch, den müsste ich sofort abgeben, denn der hat eine «symmetrisch geschliffene Klinge» und ist somit ganz einfach verboten. Manchen unserer Gäste vom Balkan usw. ist das allerdings egal. Für ihre Zwecke taugen auch ganz zivile und legale Küchenmesser. Also darfs mir beim Dolch auch ein wenig egal sein, oder nicht? Aber von all dem war vor der Abstimmung über «Schengen» nie die Rede.

Fingerabdrücke bitte!

Mit «Schengen» haben wir uns anscheinend auch verpflichtet, so genannte «biometrische» Reisepässe einzuführen. Hinter diesem harmlos, ja fast sympathisch – wie «Bio-Knospe» – tönenden Namen verbirgt sich, dass in Zukunft alle, die einen neuen Pass brauchen, ihre Fingerabdrücke «abliefern» müssen. Die können dann auch die Amerikaner – und weiss ich wer –

lesen und in ihren Geheimdienstunterlagen archivieren. Soweit sind wir also schon: Wir alle sollen wie Verbrecher unsere Fingerabdrücke abgeben, um einen Pass zu erhalten. Man sagt uns, dies geschehe zu unserer Sicherheit. Dann könne man die wirklichen Verbrecher leichter erwischen. Welch ein Witz! Mit «Schengen» wurden doch gerade die Personkontrollen an den Grenzen abgeschafft und ein grenzenloses Europa auch für Verbrecher geschaffen. Im Kampf gegen die Kriminalität nützen Fingerabdrücke in den Pässen also gar nichts, zumal das organisierte Verbrechen (Mafia usw.) keine Schwierigkeiten haben wird, mit der Hilfe korrupter Beamter beliebig viele falsche Pässe zu erhalten, Fingerabdruck hin oder her. «Schläfer» aus der islamistischen Terroristenszene haben von den neuen Vorschriften auch nichts zu befürchten, denn sie sind ja brave, unauffällige Bürger, bis sie eines Tages plötzlich zuschlagen. Wozu dienen also «biometrische» Pässe? Der Zweck ist wohl derselbe wie bei anderen Massnahmen, die zu unserer angeblichen «Sicherheit» eingeführt werden sollen, z.B. die – notabene noch unter Herrn Blochers Ägide – geplante Befugnis von Geheimdiensten, ohne konkreten Verdacht auf eine Straftat Wohnungen zu verwandern und Computer auszuschnüffeln.

Angst vor dem Widerstand aus dem Volk

Die so genannte «Elite» hat Angst, dass ihre rasch voranschreitenden Bemühungen, unser Volk in einem identitätslosen Völker- und Rasmengemisch aufgehen zu lassen und uns dem Diktat fremder Regierungen zu unterwerfen, irgendwann auf ernstem, vielleicht sogar militanten Widerstand stossen könnten. Um diesen schon von



Fingerabdrücke abgeben, um Pass zu erhalten?



Bald gläserner Bürger?

vornherein zu ersticken, braucht es den «gläsernen Bürger», den man anhand von Telefondaten, Computerspionage, Wanzen, fast durchwegs bargeldlosem Zahlungsverkehr usw. Schritt auf Schritt kontrollieren kann. Unsere so genannten «Staatschützer» – ehrlicher wäre «Machtschützer» – kümmern sich kaum um «autonome» Randalierer, obwohl die mit ihren Saubannerzügen, z.B. in Zürich, Jahr für Jahr enorme Schäden anrichten. Nein, die grosse Gefahr soll der «Rechtsextremismus» sein, als ob ein paar hundert bierselige, grölende Verehrer eines – Gott sei Dank! – schon mehr als 60 Jahre verblichenen Völkermörders und Kriegshetzers unsere Demokratie ins Wanken bringen könnten! Worum es wirklich geht, zeigt der Umstand, dass heute schon ein Verfahren angehängt bekommt, wer die Binsenwahrheit ausspricht, dass nicht alle Menschen auf der ganzen Welt die gleichen Rechte haben können, sondern selbstverständlich in jedem normalen Staat Bürger gegenüber Nichtbürgern, Einheimische gegenüber Fremden gewisse Vorrechte haben. Der staatliche Sicherheitsapparat, der uns Bür-

gerinnen und Bürger vor Verbrechen schützen soll, wird immer mehr dazu missbraucht, uns einen Maulkorb umzubinden und uns den Multikulti-Wahn der Politiker- und Managerkaste aufzuzwingen.

Orwell lässt grüssen...

Wer vor 20, 30 Jahren Orwells Buch «1984» las, hielt das, was darin geschildert wurde, für schrecklich, aber gewiss unmöglich. Letzteres erweist sich leider inzwischen als grobe Fehleinschätzung. Wir leben formal in einer Demokratie, faktisch aber immer mehr in einer Wirtschaftsdictatur, in welcher der freie Wettbewerb der politischen Ideen mittels millionenschwerer Propaganda und Gleichschaltung der Medien niedergewalzt wird. Das geschieht nicht nur in der Schweiz, sondern – an «Bilderberger»- und ähnlichen vor der Öffentlichkeit sorgsam abgeschotteten Konferenzen – wohlkoordiniert in der ganzen «globalisierten» Welt. Und zur zeitlich unbegrenzten Zementierung der bestehenden Machtverhältnisse wird dafür gesorgt, dass der «einfache Bürger» jederzeit unter Kontrolle ist, mögliche Kristallisationskerne basisdemokratischen Veränderungswillens frühzeitig erkannt und im Interesse der angeblichen «Staatsicherheit» eliminiert werden. Mit der Einführung der «biometrischen» Pässe soll ein weiterer Schritt dazu erfolgen. Am 17. Mai haben wir die Gelegenheit, mit einem kräftigen NEIN wenigstens diesen Schritt zu verhindern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass der Regierung beim Versuch der Unterwerfung der Schweiz unter EU-Gesetze kräftig Sand ins Getriebe gerät!

Vercingetorix

Rückblick auf die Arena-Sendung zum Thema «Personenfreizügigkeit und Wirtschaft»

Des Bürgers Meinung!



Markus Borner,
e. Grossrat,
SD-Zentral-
Vizepräsident,
Basel

Von der Sendung Arena des Schweizer Fernsehens kann man halten, was man will. Die Diskussion vom 23. Januar erinnerte jedoch an die Höhepunkte dieser Sendereihe in der guten alten Zeit mit Anton Schaller! Die Debatte um die Abstimmung vom 8. Februar provozierte eine überdurchschnittlich hohe Einschaltquote. Nach jeder Arena-Sendung können Interessierte (dies seit einiger Zeit) per E-mail ihre Meinung zum Gesagten äussern. Von dieser Möglichkeit der Wortmeldung machen normalerweise nach jeder Sendung 200 bis 300 Zuschauer Gebrauch (alle mit Internet-Anschluss können sich diese Diskussion auch noch später ansehen: www.sf.tv/sf1/arena/archiv.php). Nach dieser Sendung gingen 892(!) Stellungnahmen ein. Die Mehrheit dieser Leute trat bei der Personenfreizügigkeit (PFZ) für ein Nein ein!

Bundesrätin Leuthard bot wenig Neues

Im inneren «Ring» traten an als Hauptdiskussionsteilnehmer in befürwortendem Sinne der Langenthaler Industrielle, Economie-suisse-Vizepräsident und FDP-NR Johann Schneider-Ammann sowie Bundesrätin Doris Leuthard. Von Letzterer erhielt man den Eindruck, als ob sie einfach ein «obligatorisches Programm» über sich ergehen liess. Sie redete auch immer von «massgeschneiderten und bewährten EU-Abkommen» für die Schweiz, welche gerade in der heutigen Wirtschaftskrise nicht aufs Spiel gesetzt werden dürften.

Als Gegnerin der Vorlage hielt die St. Galler Unternehmerin und SVP-NR Jasmin Hutter die Stellung im inneren «Ring». Sie bewies hierbei eine sehr kompetente Schlagfertigkeit was die überzeugenden Argumente anging.

Im gegnerischen «Lager» standen in der hinteren Reihe 5 Herren, welche der SVP-Nationalrätin unterstützend zur Seite standen. Weshalb aber in dieser Gruppe (NR Marcel Scherer, AUNS-Präsident und NR Pirmin Schwander und ein

weiterer SVP-Mann aus dem Aargau, sowie alt-EDU-NR Markus Wäfler und der hier schreibende SD-Mann) in Überzahl drei SVP-Politiker vertreten waren, bleibt das Geheimnis der Arena-Redaktion! Eigentlich hätten hier Vertreter der Jungen SVP hingehört und nicht Leute, deren Partei das Referendum in der Phase der Unterschriftensammlung explizit nicht unterstützt – ja sogar sabotiert(!) hatte.

Das Nein überzeugte mehr!

Ohne hier parteiisch zu sein. Die Diskussionsteilnehmer, welche die Personenfreizügigkeit ablehnten, schienen die sachlicheren Argumente auf den Tisch legen zu können. Von den Ja-Sagern hörte man beständig nur ausgeleierte und falsche Phrasen (ohne bisherige EU-Abkommen erhielt die Schweiz keine qualifizierten ausländischen Arbeitskräfte mehr u.ä.). Der SD-Vertreter Markus Borner stellte in seiner Wortmeldung fest, dass es in der Schweiz weit über 100 000 Arbeitslose (Ausgesteuerte, Sozialhilfeempfänger und IV-Rentner nicht miteinberechnet) gibt, und diese Menschen vielen Unternehmern und Befürwortern der PFZ völlig egal seien. Borner verlangte, dass z.B. in der Schweiz genügend Krankenschwestern auszubilden seien, statt diese in Deutschland zu rekrutieren (grosser Applaus der jungen Leute und Gäste im Arena-Fernsehstudio!).

Reaktionen blieben nicht aus

Nach der Teilnahme an dieser Fernsehsendung erhielt der Schreibende mindestens 30 Reaktionen – dies in persönlichen Gesprächen, mit Telefonanrufen und auch einigen E-Mails. Bis auf eine Reaktion waren diese «Rückmeldungen» sehr positiv. Auf die eine harsche, negative Kritik kommen wir noch zurück.

Ein E-Mail-Schreiber wandte sich gar dreimal mit aufmunternden Worten an den SD-Vertreter in der Arena. Nennen wir ihn W.S. Dieser war mir bis zu seiner Kontaktaufnahme unbekannt. Er gratulierte mir zu meinen «Aussagen» in der Arena. Dabei entstand ein interessanter E-Mail-Verkehr zwischen dem unabhängigen Patrioten W.S. und dem hier Schreibenden. Nachfolgend ein Teil des Briefverkehrs, welcher zeigt, weshalb ein besorgter Bürger am 8. Februar ein Nein

in die Urne legte (diese Textwiedergabe erfolgt mit dem Einverständnis von W.S).

«Sehr geehrter Herr Borner, Danke!!! Seit Bundesrat Blocher abgetreten wurde, ist dies endlich wieder einmal eine Arena gewesen, in der Jemand den nimmersatten Schweizer Unternehmern in ihrem zum Teil masslosen Grössenwahn einmal Paroli geboten hat! Ihre Argumentation gegenüber Herrn Schneider-Ammann hätte treffender nicht sein können und hat eigentlich alles auf den Punkt gebracht. Statt sich zu bemühen, wenigstens einigen der

100 000 Arbeitslosen in der Schweiz eine Chance zu geben

und damit die sowieso überbelasteten Sozialeinrichtungen zu entlasten, will er die Öffentlichkeit mit Arbeitsplatzverlusten erpressen, wenn das Ergebnis nicht so ausfällt, wie er es möchte. Nach 30 Jahren der Erwerbstätigkeit als Handwerker muss ich eingestehen, dass es mir eigentlich egal ist, wenn solche Leute mit Sack und Pack ihr Heil am andern Ende der Welt suchen. Patriotismus gibt es für solche Leute nur, wenn der Jahresumsatz um mindestens 10% gesteigert wird, ansonsten kennen diese nur den nackten Überlebenstrieb, und dies um jeden Preis! Schweizer Unternehmer (wie sich diese Leute gerne nennen), die nur dem Schweizer Fränkli patriotisch gesinnt sind, sind kein Verlust für unser Land! Die Zeiten werden wieder härter für «Ottonormalleute». Um so wichtiger wird es – wieder etwas mehr am Miteinander und Füreinander zu arbeiten – an-



statt Rekordumsätzen, – erarbeitet durch möglichst billige Sklaven – nachzurennen. Ich bin der festen Überzeugung, dass etwas weniger Gier für sich selbst und dafür etwas mehr Einsatz für das Volkwohl, den Wohlstand in der Schweiz sichern kann – ohne Rumänen und Bulgaren. Für die Unternehmer bleibt hierbei immer noch genug übrig!

Auch für unseren immer mehr schrumpfenden Lebensraum wäre dies vorteilhaft! Dass gewisse Leute den Bezug zur Realität komplett verloren haben, beweist auch wieder aufs neue der Artikel in der Zeitung «20Minuten» vom 26. Januar 2009. «UBS empört Volk mit Milliardenboni».

Bitte besuchen Sie öfters die Arena, damit etwas Würze in den Einheitsbrei kommt! Mit freundlichen Grüßen, W.S.»

«Guten Tag Herr S. Besten Dank für die «Blumen». Sie haben mit Ihrer Argumentation zu 100% Recht! Die Realitäten sind halt so. Es getraut sich leider kaum mehr Jemand die Dinge beim Namen zu nennen. Ich muss Ihnen aber auch Folgendes sagen: Gestern Montag verteilte ich in Basel zu Beginn eines öffentlichen Diskussionsanlasses der Basler Zeitung zur PFZ, wo übrigens ein



PERSONEN FREIZÜGIGKEIT **NEIN**

Gegner gegen drei (!) Befürworter antreten musste, mit einem Kollegen zusammen am Saal-Eingang Nein-Flugblätter zur PFZ. Ich fragte den Nein-Referenten bei seiner Ankunft, weshalb dieser die «Einladung» überhaupt angenommen habe? Der SVP-Nationalrat erklärte mir hierauf – wir kennen uns flüchtig – dass ihm von der Unausgewogenheit in der Diskussionsgruppe nichts bekannt gewesen sei. Er sei jedoch Alles gewohnt! Bei dieser Gelegenheit kam ein etwa 65- bis 70-jähriger Teilnehmer/Zuhörer auf mich zu und bezeichnete mich als den grössten dummen Schnorri in der Arena-Sendung! Dieser redete in seiner Wut minutenlang auf mich ein. Mit dessen verbaler Einschätzung kann ich aber (noch heute) gut leben (...).

In diesem Sinne besten Dank für Ihre geäußerte patriotische Haltung! Gäbe es doch viel mehr solcher kritische Denker!

Herzliche Grüsse, Markus Borner»

«Guten Abend Herr Borner, Danke für die prompte Antwort! Vom «dummen Schnorri» kann überhaupt keine Rede sein! Nehmen Sie solche Äusserungen nicht ernst und auf keinen Fall persönlich! 65- bis 70-jähriger Mann ist genau einer der Generation, der die fetten Zeiten mit der Hochkonjunktur erlebt hat und darum den «Patrons» hörig wurde! Bei diesen Leuten ging es eigentlich immer nur vorwärts und darum haben sie verlernt, sich eine eigene Meinung zu leisten nach dem Motto

«Beiss' nicht die Hand, die dich füttert!»

Obrigkeithörige, die ihre freie Meinungsbildung verlernt haben, sind für mich schon längst keine Referenz mehr. Die Argumente für die Abstimmung vom 8. Februar sind mehr als dürftig: Haben Sie eigentlich gesehen wie Herr Schneider-Ammann bei Ihrer Argumentation geschluckt hat? Wenn nein, dann empfehle ich Ihnen das Podcast der Arena nochmals anzuschauen. Es war ein wahrer Hingucker! Leute von dieser Sorte, wie Schneider-Ammann und auch Spuhler von der SVP, sehen nur neue Geschäfte in den neuen EU-Staaten, die mit Exportrisikogarantien des Bundes abgesichert werden. Hierfür müssen dann normale Steuerzahler mit Lohnausweis wieder mal gerade stehen (...). Glauben diese wirklich, dass Leute aus den neuen Ländern eine bessere Ausbildung haben als wir Schweizer? Alles nur Augenwischerei und Angstmacherei! Wenn solche Geschäfte in die

Hose gehen, zahlt der Steuerzahler, der sich keinen Finanzberater leisten kann. Die «Arbeitskräfte», welche einreisen – jedoch für unsere Wirtschaft unbrauchbar sind, müssen dann letztlich von unseren Sozialeinrichtungen erhalten werden! Ich hoffe doch sehr, dass das Stimmvolk endlich wieder lernt zu hinterfragen! Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass Ihr Einsatz für die Sache nicht einfach ist und ich möchte Ihnen mit meinem Schreiben den kleinen Beitrag einer moralischen Unterstützung zukommen lassen!

Mit freundlichen Grüssen, W.S.»

«Sehr geehrter Herr S.

Besten Dank für Ihre erneuten Zeilen. Sie brauchen mich nicht aufzumuntern, denn ich weiss, dass Politik ein hartes Geschäft ist und zumal auch ein schmutziges... In früheren Jahren erhielt ich regelmässig «Post» und ich möchte Ihnen nicht darlegen müssen, was da alles vermerkt war. Tatsache ist eben auch, dass unsere Gegner nicht nur mit «humanitären Argumenten» fechten, sondern auch mit ganz andern! Heute morgen habe ich einer Zeitungsredaktion geschrieben und gefragt, ob denn bei deren Zeitung die Ja-Sager zur PFZ (mit Artikeln und Leserbriefen) ein Monopol hätten? Ich habe mich anboten, einen Text in ablehnendem Sinne zu liefern. Dies wird nun bei erwähnten Redaktionsmitgliedern zu Schweissausbrüchen führen! (Anmerkung: Ich habe auf meine Anfrage nicht einmal eine Antwort erhalten!) (...).

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen, Markus Borner»

«Nochmals guten Abend Herr Borner,

In der Eile, Ihnen zu antworten, habe ich ganz vergessen, Sie auf das Thema «Arbeitsplätze schaffen im Ausland» anzusprechen (...). Nichts destotrotz wäre es am sinnvollsten, in jedem Land einen eigenen Markt aufzubauen und diesen auch in einer realen, dem Land entsprechenden Grösse – und dies auch mit einem gesunden Wachstum – zu pflegen! Dies würde die Beschäftigung auf dem ganzen Globus fördern und vor allem

Völkerwanderungen verhindern.

Das würde wieder den Lebensräumen auf der ganzen Welt zugute kommen würde! Leute wie Schneider-Ammann sind sich aber sehr wohl bewusst, dass solches Engagement mit sehr viel Aufwand betrieben werden muss und auch schweisstreibend werden kann! Auch werden die Kassen nicht von Anfang an klingeln, da eine quali-

tativ hochstehende Fertigung – wie sie in unserem Land gefordert wird – in solchen Ländern in den ersten Jahren kaum möglich sein wird wegen **mangelnder Qualifikation** der Werkstätigen!

Deshalb werden nur echte Enthusiasten unter den Unternehmern ein solches Wagnis eingehen und diese dürften in der Schweiz eine fast ausgestorbene Spezies darstellen, wo nur das Dollarzeichen allgegenwärtiger Begleiter ist.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass sich nur ein Unternehmer mit Enthusiasmus guten Gewissens Unternehmer nennen darf. Der Ausdruck «Unternehmer» ist ja selbstredend! Unternehmer ist jemand, der etwas unternimmt, nicht einen kleinen Ausflug mit seiner Familie, sondern etwas unternimmt, um etwas auf dieser Welt zu verbessern! Unternehmer,

die immer nur das schnelle Geld um jeden Preis vor Augen haben und denen das längerfristige Volkswohl «am Arsch vorbei geht», sind keine echten Unternehmer, sondern Halsabschneider, die ihren Eigennutz in den Vordergrund stellen! Danke, dass Sie mir zugehört haben.

Freundliche Grüsse, W.S.»

Anmerkung: W.S. nennt mit seinen Thesen zahlreiche Realitäten schonungslos beim Namen. Deshalb drucken wir seine Meinung auch ab! Ich erlaube mir, noch ein Sprichwort – frei nach dem Schriftsteller Kurt Guggenheim – anzufügen, welches ich vor einigen Tagen zufälligerweise gelesen und verinnerlicht habe: **«Nicht die Irrtümer beweisen unsere Dummheit, wohl aber die Tatsache, dass wir nichts aus ihnen lernen.»**



Keine Sieger und Besiegte

Das eher hinterhältige Lächeln der drei Bundesrätinnen zeigt dem kritischen Betrachter unter anderem, dass diesen Personen die Würde für das hohe Amt fehlt. Die Kommentare bestätigen es, denn dort mangelt es am Respekt gegenüber den 40 Prozent «Andersstimmenden». In der Demokratie sollte es bei Wahlen und Abstimmungen keine Sieger und Besiegte, Gewinner und Verlierer, sondern einfach

Mehrheiten und Minderheiten geben. Ein frommer Wunsch wäre, dass Mitglieder des Bundesrates sich Kommentare eines Bundesrats Ernst Brugger nach heissen Abstimmungen zum Vorbild nähmen, um so wieder zur Würde zurückzufinden.

Hans Steffen,
e. Nationalrat, Fischenthal
(Foto aus der ZO
vom Montag, 9. Februar 2009)

Bemerkenswerter Einsatz

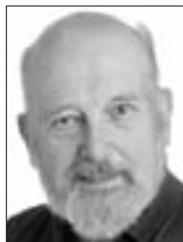
Gottfried Girsberger aus Henggart – er darf im kommenden Jahr seine 80 Lenze feiern – hat anlässlich des Referendums gegen die EU-Personenfreizügigkeit **ehrenamtlich** bei Schnee und Regen, Wind und Sonnenschein, beinahe **11 000 Flugblätter** im Raum Winterthur und im Kanton



Schaffhausen verteilt und zudem zahlreiche Leserbriefes verfasst sowie auf eigene Kosten Inserate in der Regionalpresse geschaltet. Dieser uneigennützigsten Leistung gebührt grosser Respekt und Anerkennung. Im Namen der SD-Parteileitung bedanken wir uns herzlich bei Herrn Gottfried Girsberger für die beeindruckende Leistung.

Bernhard Hess,
SD-Geschäftsführer, Bern

Der Leerlauf von Davos – Gedanken zum WEF 2009



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise war das zentrale Thema des diesjährigen Treffens. Schade nur, dass sich die Teilnehmer kaum oder gar nicht mit den tieferen Ursachen der Katastrophe auseinandersetzen. Ohne Ursachenforschung ist aber keine treffende Diagnose möglich; ohne klare Diagnose bleiben alle Therapie-Versuche Stückwerk oder verschlimmern gar die Krankheit. Das gilt auch für die milliarden-schweren Stützungsprogramme zu Gunsten zahlreicher Banken, die angeblich zu gross sind, um sie bankrott gehen zu lassen. Ebenso problematisch sind die geplanten Gründungen von «Bad-Banks» zur Übernahme der faulen Papiere, die dann schliesslich vom Steuerzahler berappt werden müssen. Die von Gier getriebenen Banker sind jedoch eher als Krankheitssymptom, denn als Krankheitsursache zu bezeichnen. Schlimmer noch, dass die klar für die Katastrophe Verantwortlichen durch Abwesenheit glänzten. Ich meine damit die Verantwortlichen der US-Regierung und die dahinter stehenden Finanz-Oligarchen der Rothschild's, Rockefellers et al.. Der Kurzauftritt von Bill Clinton, des immerhin Verantwortlichen für die verhängnisvolle Aufhebung des Glass-Steagall Acts, wurde nicht genutzt um harte Fragen zu stellen.

Niemand kann ernsthaft daran zweifeln, dass dem US-Dollar die entscheidende Rolle beim Aufbau und Zusammenbruch des globalen Ponzi-Schwinds (Schneeball-System) zukommt!

Ein Blick zurück

Im Altertum und in den primitiven Kulturen wurde Geld stets seinem ursprünglichen Zweck gemäss eingesetzt. Nämlich als Tauschmittel und als Werte-Aufbewahrungsmittel. Alle Versuche in der Neuzeit, ein Geld-schafft-Geld-System ohne Unterordnung unter die reale Wirtschaft zu schaffen, endeten in einer Katastrophe. Dennoch, die u.a. von Calvin bewirkte Aufhebung des Zinsverbotes hat stets der Illusion Vorschub geleistet, auf dem Geldmarkt schnell reich werden zu können. Die ursprünglich als Zudienerinnen der realen Wirtschaft geschaffenen Aktien – und andern Börsen verkamen

in den vergangenen Jahrzehnten zu vorwiegend sich selbst zudienenden computer-gesteuerten krebstartigen Kasinos. Und geblendet von riesigen Kommissionserträgen erlagen auch allzu viele Mitglieder der alt-ehrwürdigen Bankerzunft der Illusion, dass ein finanzielles Perpetuum Mobile möglich sei!

Die längsten Perioden der Stabilität, des Friedens und einer gedeihlichen, wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Völkern (Nationen) fallen zusammen mit stabilen Geldverhältnissen – sei es auf der Basis von Silber- oder Gold-Währungen oder dem System des «Kerbolzes». Im Buch von Dr. Melchior Palyi «The Twilight of Gold, 1914 bis 1936» lesen wir:

«Es war eine Welt der ausgeglichenen nationalen Budgets, in denen es eine Selbstverständlichkeit war, dass öffentliche Schulden getilgt werden, ebenso wie Privatschulden zurückgezahlt werden mussten. Ungedektes Papiergeld galt als ein Greuel. Lebenswichtige öffentliche Ausgaben (Investitionen) wurden durch den Verkauf langfristiger Anleihen finanziert und nicht durch expansive Geldpolitik. Alles in allem war es eine Welt des kontinuierlichen Realwachstums – mit steigendem Lebensstandard für die Massen und einer allgemeinen «Sicherheit», die durch die Werterhaltung der Ersparnisse geboten wurde.»

Die Weltwirtschaft funktionierte auf der Basis ihres vollen Potentials, und ein steigender Lebensstandard für die Massen bedeutete wenig oder gar keine Arbeitslosigkeit.

In dieser Zeit war die Hoheit über das Geld und insbesondere das Recht Geld zu «schöpfen», stets an die Staatsmacht gebunden. Das passte über lange Jahrzehnte den Bankern nicht und so schafften es die grössten Bankier-Dynastien der Welt – Rothschild und Rockefeller – 1913 in den USA das souveräne Recht zur Schöpfung des Geldes an sich zu reissen.

Sie erhielten vom Kongress das ausschliessliche Recht zugesprochen, Banknoten zu drucken, die Federal Reserve als eigene Zentral-Bank zu gründen und damit den Staat zu ihrem Schuldner zu machen. Mit ihrem Geld, welches gesetzliches Zahlungsmittel wurde und für welches anfangs noch die amerikanische Zentralregierung garantierte, wurden nach dem ersten Weltkrieg die Goldreserven der Welt zusammengekauft. Dies mit der Folge, dass viele andere Währungen ihren Goldstandard nicht mehr halten konnten und in der Deflation der Weltwirtschaftskrise endeten.

Über die weitere Entwicklung hier ein Zitat aus dem Buch von Prof. Dr. Eberhard Hamer «Wie kann der Mittelstand die Globalisierung bestehen» aus dem Kapitel «Der Welt-Geldbetrug» (Zitat):

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde 1944 in Bretton Woods wieder die Einführung eines neuen Gold-dollarstandards beschlossen. Während des Weltkrieges verlangten die USA für die Bezahlung von Rüstungsgütern Gold von den krieg-



WEF-Gründer Klaus Schwab lädt nach Davos ein – die Steuerzahler tragen die Kosten.

führenden Nationen. Auch das Gold Deutschlands musste als Kriegsbeute abgegeben werden. So sammelten sich über 30 000 Tonnen Gold der Welt allein in den USA – mehr als alle andern zusammen hatten. Dieses Gold diente als Deckung für die Dollars. Da aber ein grösserer Teil der Dollars in den Zentralbanken der Welt als Reservewährung gehalten wurde, konnten die USA mehr Dollars ausgeben als sie an Goldbasis hatten. Die Länder der Welt brauchten nämlich Dollars, um die Rohstoffe dafür zu kaufen, die nur auf Dollarbasis gehandelt wurden. Neben dem Gold wurde deshalb der Dollar immer stärker in den anderen Zentralbanken zur Hauptwährungsreserve. Die Dollarherrschaft über die Welt hatte begonnen...

1971 kündigte US-Präsident Nixon die Einlösungspflicht des Dollars in Gold (Golddollarstandard) und zugleich die Haftung des Staates für den Dollar auf. Seitdem sind die Dollarnoten weder real durch Gold noch durch Staatshaftung gedeckt, also eine freie, private Währung der Federal-Reserve-Bank (FED). Der Dollar und alles andere Geld der Welt sind seitdem nicht mehr werthaltig, sondern nur gedrucktes, legalisiertes Zahlungspapier. Eine durch nichts gedeckte Währung kann zwar durch Gesetz zum amtlichen Tauschmittel erzwungen werden, nicht jedoch zum Mittel der

Wertaufbewahrung. Hierzu bedarf es des Vertrauens der Geldinhaber, dass sie ihr Geld langfristig wertgesichert sehen. Der langfristige Kurswert – das Vertrauen – einer freien Quantitätswährung hängt wiederum allein von der Knappheit der Geldmenge ab.

«Das Problem: Während sich in den letzten 30 Jahren die Gütermenge der Welt nur vervierfachte, hat sich die Geldmenge vervierzigfacht!»

Geldmengenvermehrung ohne entsprechenden Gegenwert in der Realwirtschaft bedeutet immer Inflation. Und Inflation ist Geldentwertung. Das ist bei den Hunderten von Milliarden Dollar, die zur Zeit zur Stützung der Banken ins System eingeschossen werden, zu bedenken!

Wo stehen wir heute?

Zur Zeit hat keine Währung der Welt (mit kleinen Ausnahmen wie bis vor kurzem der Schweizer Franken!) noch eine reale Wertgrundlage. Das Papier wird hemmungslos neu bedruckt – wenn nicht sogar durch elektronische Bits ersetzt – und damit durch die ständige Vermehrung auch gleich immer wieder entwertet. Wenn das grosse Publikum noch immer glaubt, einen festen Wert zu besitzen, so deshalb, weil durch geschickte Manipulation der Devisenkurse ein scheinbares Werteverhältnis vorgetäuscht wird. Diese Devisenkurse aber werden von genau den gleichen Leuten manipuliert, die auch die Geldmengenvermehrung produzieren.

Die US-Grossfinanz steuert also über die ihr gehörende FED letztlich das Geld und die Währungen der ganzen Welt. Dieses private Geld wird missbraucht als Instrument der Welt-herrschaft und als Hilfsmittel für den Raub aller wichtigen Rohstoffe und Sachwerte. Wer sich gestattet, seine Rohstoffe in anderen Währungen als Dollars zu verkaufen, wird zum Terroristen erklärt und mit militärischen Mitteln gefügig gemacht oder sonst neutralisiert (Saddam Hussein, Iran!).

Die US-Zentralbanken zwingen seit Jahren die wichtigen Zentralbanken der Welt (Eurobank, Japan, China und sogar die Schweiz) die wertlosen Dollars zu behalten und – soweit vorhanden – ihr Gold gegen wertlose Dollars einzutauschen (siehe das traurige Spiel der angeblich nicht mehr benötigten Währungsreserven der Schweizer Nationalbank, die auf amerikanisches Begehren hin 1300 Tonnen zum künstlich niedrig gehaltenen

tenen Preis von Fr. 15 000.– pro Kilogramm verschleuderte!).

Damit hat es der Schuldner USA in der Hand, wie stark er durch offizielle Abwertung des Dollars schliesslich seine Gläubiger entreichern will und sich auf ihre Kosten entschulden wird. Bei der geplanten Euro-Dollar Währung werden die goldbesitzenden USA-Banken entscheiden, wie stark die übrige Welt, die rund 80% der Dollars als Währungsreserven halten, betrogen werden.

Das ganze System aber lebt davon, dass der Missbrauch nicht öffentlich diskutiert wird. Auch nicht in Davos!

Der Angriff der Wall-Street-Spekulanten

Die japanische staatlich gelenkte Marktwirtschaft war so effektiv und effizient, dass Japan gegen Ende der 1980er Jahre als die führende Wirtschafts- und Finanzmacht der Welt galt. Sein Ministerium für Handel und Industrie (MITI) spielte die hauptsächliche Führungsrolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Das Modell erwies sich auch als sehr erfolgreich bei den sogenannten «Tiger»-Ökonomien – Südkorea, Malaysia und andern Staaten Südasiens.

Als die Sowjetunion kollabierte, schlug Japan sein Wirtschaftsmodell den ehemaligen kommunistischen Ländern vor, und viele davon sahen in Japan und Südkorea eine praktikable Alternative zum System der freien Marktwirtschaft in den USA. Aber dieses Modell war eine grosse Gefahr für das System der internationalen Bankiers, das auf Schulden und IWF-Krediten beruht. Um diese Gefahr abzuwenden, zwang Washington die Bank von Japan zu Massnahmen, die den Yen gegenüber dem Dollar aufwerteten. Als Vorwand musste das Argument herhalten, dass diese Neubewertung notwendig sei, um die riesigen Exportüberschüsse Japans zu reduzieren. Das japanische Finanzministerium konterte diese Forderung mit dem Argument, dass dieser Exportüberschuss überhaupt kein Problem darstelle, sondern in einer Welt, die nach dem Kalten Krieg viele hundert Milliarden Dollar für den Auf- und Ausbau von Eisenbahnstrecken und anderen Infrastrukturprojekten verwendete, dringend gebraucht werde.

Doch Washington setzte sich durch. Japan gehorchte und setzte die geforderten Massnahmen um.

1987 hatte die Bank von Japan ihre Zinsrate auf 2,5% gesenkt. Das führte zu einer Flut von «billigem» Geld, das an der steigenden Tokioter Börse in schnelle Profite umgesetzt wurde und dort eine enorme Blase erzeugte. Als die japanische Regierung vorsichtig versuchte, diese Blase durch

das Anheben der Zinsraten zu deflationieren, gingen die Wall-Street-Bankiers zum Angriff über. Mit ihren neuen «derivativen» Instrumenten spekulierten sie auf Baisse und brachten die Tokioter Börse zum Einsturz.

In wenigen Monaten verloren die japanischen Aktien fast fünf Billionen Dollars ihres Papierwertes.

Regierungsbeamte in Washington erklärten das Ende des «Japanischen Modells» und nahmen die Tiger Ökonomien ins Visier.



Auch unsere Nationalbank tauschte Gold gegen wertlose Dollars.

Institutionelle Anleger, ausgerüstet mit einer enormen Kreditsumme internationaler Banken nutzten den nun freien Kapitalverkehr zur Baisse-Spekulation. Ohne Probleme machten die Fonds Thailand, Indonesien, und Südkorea nieder und übergaben den kümmerlichen Rest dann dem IWF – aber nicht um den Opfern zu helfen, sondern um sicherzustellen, dass keine westliche Bank auf notleidenden Krediten der verwüsteten Länder sitzen blieb.

Mark Weisbrot sagte vor dem amerikanischen Kongress: «In diesem Fall hat der IWF nicht nur die Finanzkrise herbeigeführt, sondern anschliessend den Ländern auch noch politische Massnahmen verschrieben, die deren Volkswirtschaften ins Chaos stürzten.»

Und: «Die menschlichen Kosten dieser Depression waren niederschmetternd. Viele Jahre wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts wurden zunichte gemacht. 1997 wurden in nur wenigen Monaten über 100 Milliarden Dollar der harten Devisenreserven Asiens in die Taschen privater Finanziers transferiert. Die Manipulation der Marktkräfte durch mächtige Akteure ist eine Form finanzieller und wirtschaftlicher Kriegsführung. Dabei werden als Waffen eingesetzt:

– der Derivathandel, Devisentermingeschäfte, Währungsoptionen, Hedge Funds, usw.

Dabei geht es darum, den finanziellen Reichtum einer Volkswirt-

schaft abzuschöpfen und die Kontrolle über die Produktivkräfte zu erlangen. Damit verlieren die Nationen ihre ökonomische Souveränität und die Möglichkeit ihr eigenes Geld zu schöpfen, das von den «Bankpiraten» an sich gerissen wurde.

Darüber hätte in Davos im Jahre 2009 intensiv diskutiert werden müssen. Doch man hüllte sich in diesen Fragen in vornehmes Schweigen – es hätte ja den «grossen Bruder» jenseits des grossen Teiches vergrämen können.

Da verschiedene südamerikanische Staaten die gleichen Erfahrungen machen mussten, ist es nicht verwunderlich, dass an der Gegenveranstaltung zum WEF in Belem 5 Staatspräsidenten teilnahmen.

Wie lange geht es wohl bis Island, Griechenland, Serbien, Spanien (und die Schweiz), die Ukraine und Pakistan, usw. begreifen, was hier gespielt wird?

Die Flucht in die Sachwerte

Es ist offensichtlich, dass das heute praktisch weltweit gültige Finanzsystem am Privatgeld «Dollar» hängt und dieses Geld ohne jeden Wertbezug allein an den Manipulations- und Missbrauchswünschen der grossen Finanzoligarchien hängt. Das Geld – auch der mit Dollar-Guthaben unterlegte Schweizer Franken kann nicht mehr als Wertaufbewahrungsmittel betrachtet werden. Eigentlich bleibt gegen die laufende Geldentwertung (Hunderte von Milliarden schwere Rettungspakete für die Investment-Spekulations-Banken!) nur noch die Flucht in die Sachwerte – was zur Zeit in bedeutendem Umfang durch Private durch den Kauf von Goldbaren getan wird – wie das SF am 4. Februar 2009 dokumentierte.

Und genau das tun (Zitat): «...die hinter der FED stehenden Täter der grössten Geldvermehrung aller Zeiten: Sie kaufen mit dem immer wertloser werdenden Geld seit Jahrzehnten alle Sachwerte auf, die sie noch erwischen können. Rohstofflager, Industriekomplexe, Immobilien und jede einigermaßen intakte ausländische Kapitalgesellschaft in freundlicher oder feindlicher Übernahme zu fast jedem Preis. Und nicht nur die US-Grossfinanz sammelt die Sachwerte der Welt ein, sondern der amerikanische Staat importiert für Fiat-Money (gedrucktes, eigentlich wertloses Geld) seit Jahren mehr Sachgüter aus der Welt, als er bezahlen kann, und verschuldet sich dafür hemmungslos im Ausland – solange die ausländischen Gläubiger noch an den Wert des Dollars glauben oder mit politischer Erpressung gezwungen werden können, die faulen

Dollars als Währungsreserven anzunehmen. Die hinter der FED stehende Grossfinanz hat auf diese Weise durch gezielte Sachwert-Politik ganze Marktsegmente mit ihren faulen Dollars aufgekauft und zu Marktmonopolen bzw. -oligopolen entwickelt: Diamanten, Gold, Kupfer, Zink, Uran, Telekommunikation, Glasfaserleitungsnetze, Print- und Fernsehmedien, Nahrungsmittel (Nestlé, Coca-Cola), grosse Teile der Rüstungsindustrie und der Luftfahrt usw. usf.» Ende Zitat aus «Der Welt Geld-Betrug» von Prof. Dr. Hamer

Was kommt jetzt?

Wenn man unsere Bundesräte Merz und Leuthart hört, wie sie zuckersüsse Illusionen erzählen, fragt man sich, ob die beiden ahnungslos, naiv oder einfach amerikalastig sind? Die pausenlose Vermehrung des Privatgeldes «Dollar» wird zwangsläufig in eine totale Vertrauenskrise führen. Der Zusammenbruch des heutigen Papiergeldsystems ist nur eine Frage der Zeit. Daran wird auch der Hoffnungsträger Obama nichts ändern können.

Dann wird durch eine Währungsreform versucht werden eine Weltwährung zu installieren.

Nach Greenspan soll dann eine neue Weltwährung «Euro-Dollar» entstehen. Damit soll die Schuld der USA z.B. halbiert werden und alle Halter von Dollar-Schatzscheinen um die Hälfte ihrer Guthaben geprellt werden. Dank der Konzentration der Goldvorräte in den USA wird die US-Hochfinanz das Sagen haben und diese neue Weltwährung gleich wieder beherrschen. Und das Spiel kann dann weitere 30 Jahre fortgesetzt werden.

Der schweizerische Bundesrat und die Regierungsparteien täten gut daran, sich auf die wirklichen Interessen unseres Volkes zu besinnen, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um den kommenden Sturm zu überstehen. Dazu gehören die Rettung der Lebensmittel-Autarkie, ein Stopp der Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung, die Verhinderung des Ausverkaufs der eigenen Produktionsstätten usw. usf. Vor allem aber ist die Nationalbankgesetzgebung sofort zu verbessern mit dem Ziel unsere Währung zu schützen und der internationalen Spekulation einen Riegel zu schieben.

Das wird aber nicht möglich sein, wenn wir uns weiterhin als Vasallen-Staat der USA und der EU gebärden und die Lebensgrundlagen und Existenz als souveräner Staat unbedacht aufs Spiel setzen.

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Allein stehendes Einfamilienhaus in Herznach (Fricktal, AG), Bj. 1963, 5 ½ Zimmer auf zwei Etagen, 2 Küchen. Nebenstehend Hobbywerkstatt, Bj. 1986, ca. 50 m², Garten, Velohäuschen. Grundstück 1194 m². Preis Fr. 680 000.–. Bei Bedarf kann noch 991 m² anschliessendes Bauland dazugekauft werden. Louis Müller, Alte Landstr. 15, 5027 Herznach, **Telefon 062 878 11 48**

GESUCHT:

Schweizer Waffensammler und Sportschütze sucht **alte Armee-waffen** gemäss geltendem Recht. So z.B. Stgw 90, Stgw 57, Langgewehr, Karabiner, Pist 49 (Sig 210), MP41/44 sowie eine Glock 17 oder Glock 19. Über Ihr Angebot mit Preisvorstellung würde ich mich sehr freuen. Region Rheinfelden, Dominik Suter, Strüblismatt 4, 5074 Gipf-Oberfrick, **Telefon 076 706 63 90**

Sie möchten Ihr Geld sicher anlegen? Schweizerin benötigt 300 000 bis 400 000 Franken für Anbau an Liegenschaft an Top-Lage in der

Stadt Zürich. Gesucht Baukredit und Langzeit-Hypothek.

Garantierte Deckung und gute Verzinsung! **Antwort bitte an Chiffre Nr. 52, SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel**

Berner, seit Pensionierung in der Romandie lebend, wünscht Kontakt zu patriotischen Deutschschweizer Kreisen (da mangelhaft französisch sprechend). Meine Interessengebiete: Politik, Alpinismus, Skitouren, Waffensammeln, Reisen weltweit – speziell aber Lateinamerika, klassische Musik, Literatur. Region Montreux, **Telefon 079 517 82 60**

Nette Menschen, die ein Streifenhörchen haben oder Menschen, die **Streifenhörchen** züchten. **Telefon 079 239 47 39**, abends ab 21 Uhr am besten erreichbar

STELLENSUCHE:

CH/ZH, 52, suche Arbeit als Lagerist, Magaziner, Druckereiarbeiter, Hilfsschreiner, Maschinist, Wächter, Zeitungsverträger. Vollzeit oder Teilzeit möglich; Fr. 3000.– monatlich oder Fr. 20.– pro Stunde. In der Probezeit nach Absprache. **Telefon 076 436 95 09**

Gelernter, berufserfahrener **Schlosser**, 51, sucht neues Wirkungsfeld in Basel oder Umgebung. Auch als Monteur angenehm. **Telefon 079 446 83 45**

BEKANNTSCHAFTEN:

Hübsche Schweizerin, etwas mollig, lange, dunkle Haare, braune Augen, nettes Gesicht, fröhlich, temperamentvoll, verständnisvoll, zärtlich, treu und Nichttraucherin, sucht **lieben, treuen Mann**, Alter 25 bis 55 Jahre. **Telefon 079 239 47 39**, abends ab 21 Uhr am besten erreichbar

Traumfrau zwischen 25 und 40, gepflegt, häuslich, hübsch, möglichst NR, in der Ostschweiz? Gesucht von einem Berner, gross, schlank, gut aussehend, im Kanton St. Gallen wohnend. Welche Sie getraut sich? **doeschwoo@bluewin.ch** oder mit Briefpost an **Chiffre-Nr. 51, SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel**

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

Des Fribourgeois en Patagonie chilienne / Freiburger im chilenischen Patagonien!

Ab 7. Februar bis 26. April präsentiert das musée gruérien in Bulle die «Lebensstrecke» einiger Familien, welche den Kanton Freiburg im Jahre 1876 verlassen haben, um sich am südlichsten Punkt Südamerikas – an der Magellan-Strasse – niederzulassen. Die Ausstellung beinhaltet Photos, persönliche Gegenstände und Filmmaterial, welches von Nachfahren der Auswanderer im heutigen Punta Arenas zur Verfügung gestellt worden ist.

Öffnungszeiten: Dienstag bis Samstag von 10–12 und 14–17 Uhr; Sonn- und Feiertage von 14–17 Uhr. Gratiseintritt.

Wo: Greyerzer Museum, Rue de la Condémine 15, 1630 Bulle (FR), Telefon 026 916 10 10, www.musee-gruerien.ch

Von Falschspielern und Leuten, die in der Politik ein Doppelspiel betreiben!

Philipp Müller, der Vater der seinerzeitigen 18%-Begrenzungsinitiative ist heute eine bekannte und von gewissen Leuten geschätzte politische Grösse. Schön wärs, hätten wir heute einen Ausländeranteil von nur 18% der Gesamtbevölkerung. Philipp Müller war früher auch mal Autorennfahrer... Wohl deshalb nimmt er noch heute 180-Grad-Kurven mit rasanter Geschwindigkeit! Er ist jetzt **arrivierter FDP-Nationalrat und noch immer Generalbauunternehmer**. Überrascht es etwa, dass er sich im Vorfeld der Abstimmung vom 8. Februar in den Dienst der Personenfreizügigkeitsbefürworter gestellt hat?



ge überhaupt?» Antwort des Politologen: «Mehrheitlich ja. Doch in der Frage der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien fällt die SVP einen strategischen Entscheid. **Um die Wähler und die Basis bei der Stange zu halten**, musste sie das Referendum ergreifen. Ich gehe aber davon aus, dass viele in der SVP-Parteispitze über ein Ja erleichtert sein würden. Ich glaube nicht, dass die SVP die Verantwortung für die Konsequenzen übernehmen will.»

Walter Glur, Nationalrat (SVP/AG) und Vorstandsmitglied im Schweizerischen Bauernverband meinte wörtlich im «Aargauer Tagblatt»: «Bei einem Nein zur Freizügigkeitsvorlage gäbe es wesentliche Probleme auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt.» Doch, doch, Herr Glur, landwirtschaftliche Arbeitskräfte gibts leider in Osteuropa weniger als Goldschmiede. Der Osten hat sich schon stark verändert! Und Nationalrat Glur redet wie ein Papagei...

B.O. Bachter, Zermatt

SD-Motorrad- und Cabrio-Club Schweiz

Anmeldung	Beiträge 2009
SD-MCC / Schweiz	Aktiv Fr. 50.–
z.H. Roland Schöni	Passiv Fr. 30.–
Postfach 108	Cabrio Fr. 50.–
3806 Bönigen	
Mobil: 076 355 90 95	
@-Post: r.schoeni@sunrise.ch	SD-MCC

jsd-nordwestschweiz.ch

Immer am 1. und 3. Montag des Monats, Stamm ab 20 Uhr im Restaurant Rütli, Gerberstr. 2 in Liestal. Wir sind alles Jungel! Auf unserem Tisch liegen jeweils SD-Flyer.

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein unbescholtener Schweizer gerät in den USA ins Kreuzfeuer zwischen Wirtschaftskriminellen und korrupten Behörden, die ihn erbarmungslos und ungestraft terrorisieren. Am Ende ist er bankrott und muss das Land fluchtartig verlassen. – Die beedigte, wahre Erzählung von Harry Burger bestätigt den Zerfall der US-Rechtstaatlichkeit und enthüllt das ungeahnte Ausmass des amerikanischen, organisierten Verbrechens.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765

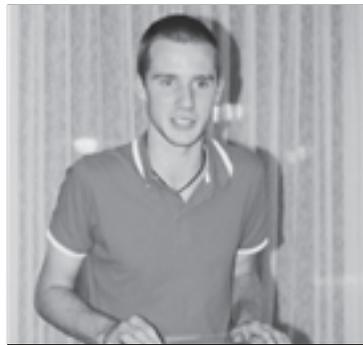


JSD + -Standpunkt**Junge Schweizer Demokraten distanzieren sich von der «Aktion Schweiz»!**

Am Sonntag, 25. Januar 2009, fand die erste Mitgliederversammlung der JSD Nordwestschweiz statt.

Thema war unter anderem die an der ausserordentlichen Mitgliederversammlung im Dezember 2008 beschlossene Namensänderung der «Jungen Schweizer Demokraten Schweiz» in neu «Aktion Schweiz». Diese von sehr wenigen Personen beschlossene Namensänderung fand jedoch in der Nordwestschweiz überhaupt keinen Anklang. Vor allem stört, dass die «Aktion Schweiz» keine Jungpartei mehr ist, sondern «komplett unabhängig» von den «Schweizer Demokraten» und ohne obere Altersgrenze eine eigenständige Partei bilden soll.

Die Erfolgchancen für eine neue Partei ohne Vertretungen in den Behörden und fast ohne finanzielle Mittel werden als nicht besonders gut eingeschätzt.



Marco Schällmann, Präsident

Aus diesen Gründen wurde in Liesstal einstimmig beschlossen, dass die Sektion Nordwestschweiz unter dem Namen der «Jungen Schweizer Demokraten Nordwestschweiz» weitergeführt wird. Massgebend war bei dieser Entscheidung auch die Unterstützung der «Schweizer Demokraten», vor allem durch die Kantonalparteien Basel-Stadt und Baselland. Die JSD

Nordwestschweiz setzen auch in Zukunft auf eine enge Zusammenarbeit mit den «Schweizer Demokraten».

Zukunft der JSD?

Die «Jungen Schweizer Demokraten Nordwestschweiz» werden vorerst hauptsächlich in Basel und Baselland aktiv sein. In naher Zukunft wünschen sie sich aber auch viele junge Leute aus den Kantonen Solothurn und Aargau von ihrem politischen Programm zu überzeugen und sich später eventuell in vier Kantonssektionen aufzuteilen. Die JSD organisieren – nebst politischen Aktivitäten – auch zahlreiche gesellige Anlässe. Eine schweizweite zentrale Verwaltung, wie die JSD Schweiz dies früher kannten, gibt es jetzt nicht mehr.

Gerne nehmen die JSD Nordwestschweiz aber auch Anmeldungen von Interessierten aus andern Kantonen entgegen und bei weiterem Erfolg kann man dann auch weitere Sektionsgründungen und eine



SD-Jungpartei auf eidgenössischer Ebene in Betracht ziehen.

Da wahrscheinlich auch Mitglieder der JSD aus anderen Regionen mit einer Namensänderung der SD-nahen Jugendorganisation und vor allem mit einer Änderung der politischen Ziele (in der MeMi der «Aktion Schweiz» vom 21.12.08 heisst es «**neue politische Ausrichtung**») nicht einverstanden sind (zudem Verletzung des Vereinsrechts), sind alle JSD-Mitglieder und -Sympathisanten auch schweizweit herzlich willkommen, bei den JSD Nordwestschweiz mitzumachen, resp. diese zu unterstützen.

Kontakt und Leitung der JSD Nordwestschweiz

Die Geschäfte der JSD Nordwestschweiz werden von einem 5-köpfigen Vorstand unter der Leitung des Präsidenten Marco Schällmann in die Hand genommen.

Bei weiteren Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Marco Schällmann, Präsident
JSD Nordwestschweiz,
www.jsd-nordwestschweiz.ch

Stellungnahme der SD-Parteileitung zur «Gründung» der «Aktion Schweiz»

Mit grosser Verwunderung und Überraschung wurde davon Kenntnis genommen, dass ohne breite Vorankündigung von einigen wenigen (ehemaligen) JSD-Leuten beschlossen wurde, die schweizerische JSD künftig nicht mehr so zu benennen. Damit haben sich die wenigen «Initianten» dieses Vorhabens selbst ausserhalb unserer Partei und unseres Parteidachs gestellt.

Alle Mitglieder der JSD-Nordwestschweiz bekennen sich nach wie vor zum Namen JSD. Daneben sind uns viele JSD-Mitglieder aus andern Kantonen bekannt, die weiterhin zum Namen JSD stehen. Deshalb kann der Name unserer Jungpartei gar nicht geändert – resp. die Partei Knall auf Fall «aufgelöst» werden. Keinem bisherigen JSD-Mitglied darf laut Vereinsrecht ein neuer Parteiname aufgedrängt und schon gar nicht «neue politische Ziele» zugemutet werden. Die Einladung zur Versamm-

lung, welche diese Namensänderung beschlossen hat, hält rechtlichen Kriterien nicht stand!

Die JSD wird folgedessen von den JSD-Nordwestschweiz und JSD-Mitgliedern in andern Kantonen weitergeführt. Diese geniessen auch die Unterstützung und das Vertrauen der schweizerischen SD-Parteileitung.

Die Mitglieder und Sympathisanten der bisherigen JSD – gleich welchen Kantons – sind gebeten, die JSD-Nordwestschweiz aktiv, ideell und finanziell zu unterstützen. Deren Sektionsvorstand hat ad interim die Aufgaben der schweizerischen JSD übernommen! Die sogenannte neu gegründete «Aktion Schweiz» hat mit den Schweizer Demokraten nichts gemein und geht eigene Wege!

Wir bitten um Kenntnissnahme und danken für die Unterstützung!

Schweizer Demokraten (SD),
i.V. Ueli Brassler,
SD-Zentralpräsident

Schweizerin des Jahres 2008

– das Ende der Publikumsbefragung

Wenn Sandra Studer im grossen Décolleté zur Verleihung der Swiss Awards einlädt, wenn das Not leidende Schweizer Fernsehen mit ihren «verarmten Sponsoren» zur grossen Geldverteilung anlässlich der Verleihung der Swiss Awards aufbietet, kommen feierlich die echte Prominenz und die Cervelat-Prominenz der Show-Szene nach Zürich ins Hallenstadion.

Und Hunderttausende sitzen gebannt vor der Glotze und wollen jene kennen lernen, die ihnen diesmal als die echten Grössen unseres Landes angepriesen werden, und diese wenigstens via Bildschirm bewundern können.

Am 10. Januar 2009 war es wieder einmal soweit!

In einzelnen Sparten konnte man sich wirklich über verdiente Auszeichnungen freuen. So etwa beim Architekten-Duo Herzog & de Meuron aus Basel, beim Tunnelbauer Ingenieur Giovanni Lombardi und besonders beim Lifetime



Eveline Widmer-Schlumpf – Bundesrätin für vier Jahre?

Award an den Luzerner Künstler Hans Erni.

Eher verwundert rieb man sich die Augen, als Jean-Pierre Roth, (in der Sparte Wirtschaft) und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (Politik) in den Awards-Himmel befördert wurden. Denn beide sind zwar von unseren ach so strammen Medien systematisch hochgejubelt

Fortsetzung Seite 12

Herr Bundespräsident und Finanzminister Merz –

Sind Sie unbedarft, blauäugig und naiv? Oder halten Sie uns für naiv?

In der «COOP-Zeitung» vom 29. Dezember 2008 strahlt uns auf dem Hintergrund der neu vergoldeten Bundeshaus-Kuppel der Bundespräsident für 2009 mit einer optimistischen Prognose über die Wirtschaftsentwicklung an. Was wir jetzt brauchen, das seien Optimisten und nicht Zauderer und Zweifler!

Herr Merz verweist auf die Lohnerhöhungen für breite Arbeitnehmerschichten, die (noch) tiefe Inflation und den starken Franken und sieht damit keinen Grund zur Sorge.

Mit Verlaub, Herr Bundespräsident, da existieren aber einige Elemente der Situations-Analyse, die sehr wohl Anlass zur Besorgnis geben können. Lassen Sie mich auf einige davon hinweisen.

1. Die Abhängigkeit vom Export!

Jeden zweiten Franken – so wird oft gesagt, verdiene die Schweiz im Ausland. Wenn sich die Weltwirtschaftskrise weiter vertieft – wie es allgemein erwartet wird – so wird zweifellos die schweizerische Export-Industrie mitbetroffen sein. Bereits klagen denn auch die Zulieferer der Autoindustrie, die Textil- und Maschinenbau-Unternehmen und selbst die Luxusgüter-Industrie (Uhren!) über rückläufige Bestellungseingänge, resp. Annullationen von Aufträgen. Und wo weniger produziert wird, wird auch weniger transportiert. Also werden auch die Logistik-Unternehmen leiden.

Widersinnigerweise wird auch die Finanzbranche als «Industrie» bezeichnet. Dies, obwohl dieser einst ehrwürdige und verdienstvolle Wirtschaftszweig in den letzten Jahren vor allem eine gemeingefährliche Las Vegas-Atmosphäre förderte, der Ausblutung des Werkplatzes Schweiz Vorschub leistete und der realen Wirtschaft oftmals die nötigen Dienste versagte. Dass die aufs Ausland fixierten und von dort kontrollierten Schweizer Grossbanken damit an vorderster Front an den Ursachen des Zusammenbruchs mitgewirkt haben, darf ebenso wenig verschwiegen werden, wie die Tatsache, dass der Zusammenbruch des ganzen schweizerischen Bankensystems nur durch undurchsichtige «Schöpfung» gigantischer Mengen von Schweizer Franken wenigstens hinausgeschoben werden konnte. Die Folge – eine massive Inflation in den kommenden Jahren – wird nicht ausbleiben. Übrigens-

stärker werdende Schweizer Franken – als Folge des rapiden Werteverlustes des Dollars und des Pfund Sterling wird dem Export wenig förderlich sein.

2. Die Verstärkung der Baukonjunktur

Da die Bauwirtschaft schon seit Jahren auf Hochtouren läuft, zudem die Bautätigkeit aufs äusserste rationalisiert ist, bestehen auf diesem Gebiet nur bescheidene Kompensationsmöglichkeiten zu einer lahmen Exportwirtschaft. Oder – will man vielleicht entlassene Banker in die Baugruben schicken? Oder arbeitslose Uhrmacher im Strassen-Unterhalt einsetzen?

Die Wohnbautätigkeit weiter auszuweiten, verbietet die staatspolitische Vernunft – denn nur über noch weiter verstärkte Einwanderung könnten diese Wohnungen gefüllt werden und zudem – die überbevölkerte Schweiz hat alles nötiger als ein weiteres künstliches Bevölkerungswachstum!

Trotzdem – die Bautätigkeit lässt sich weiterhin auf hohem Niveau halten – ohne irreversible Schäden anzurichten. Man denke etwa an die Sanierung schlecht isolierter Bauten, die Entwicklung und den Bau von Anlagen zur Gewinnung alternativer Energien und die Perfektionierung des öffentlichen Verkehrs. **Aber – eine wesentliche Zahl neuer Arbeitsplätze lassen sich im Bausektor kaum schaffen.**

3. Die Forcierung des privaten Konsums!

Aus grundsätzlichen Erwägungen lässt sich mit gutem Gewissen der private Konsum (der Wegwerfgesellschaft) nicht noch höher fahren. Die von Herrn Merz prognostizierte grössere verfügbare Menge an Geld in den Taschen des «kleinen Mannes» dürfte im Übrigen unter den steigenden Soziallasten (Arbeitslosigkeit, Burnouts und andere psychisch induzierte Krankheiten, usw.) und den wieder steigenden Steuern wie Schnee an der Märzsonne dahinschwinden.

4. Die Verluste der kapitalfinanzierten Pensionskassen

werden sich über eine längere Periode nicht wettmachen lassen – auch und besonders nicht mit dem vom Bundesrat abgesegneten nochmals begünstigten Zugang der Pensionskassen zu den «toxischen» Produkten der Finanzwelt. Das bedeutet, dass die aktive Gene-



Bundespräsident Hans-Rudolf Merz – für Freiheit und Verantwortung?

ration vermehrt zur Kasse gebeten werden wird und die Rentner eher früher als später Einbussen werden in Kauf nehmen müssen. Dies wohl vor allem durch verzögertes oder fehlendes Ausgleichen der zu erwartenden Inflationsverluste.

Die tieferen Ursachen der Krise lassen sich auf drei Gebieten orten!

1. Das Recht zur Geldschöpfung

Jahrzehntelang dauerte es bis sich die Banker in den USA das exklusive Recht zur «Geldschöpfung» gesichert hatten. Mehrere Präsidenten – zuletzt John F. Kennedy – zahlten es mit ihrem Leben, als sie dieses Recht auf die Regierung übertragen wollten. Mit dem «Federal Reserve Act» wurde 1913 (nach den Worten des Kongress-Abgeordneten Charles Lindbergh sen.) die unsichtbare Regierung der Geldmacht legalisiert. Seitdem spielt diese Macht mit dem Mittelstand weltweit «Katz und Maus»! Die Krisen werden organisiert; die Staaten ächzen unter der Schuldenlast (die USA gab z.B. allein 2005 rund 352 Milliarden Dollar für die Schuldzinsen aus – das ist 1/3 aller Einkommenssteuern von Privaten der USA) und seit der Schaffung des rein virtuellen Monopoly-Geldes unter Präsident Nixon spielt der globale Währungshandel (wesentlich in den Händen mafioser Organisationen) eine verheerende Rolle.

Zur Illustration ein Zitat aus einem Aufsatz von Holger Strom: **«Nebst den Banken ist die Krise durch dem globalen Währungshandel (im Jahre 2008 3210 Milliarden Dollar täglich – eine Summe die dem 132-fachen des weltweiten Warenverkehrs entspricht) und der Handel mit Derivaten anzulasten.**

Das sind Wetten auf Wetten auf Wetten. Ob Rohstoffe, Aktien oder was auch immer, der Handel mit Derivaten erreicht an den Terminbörsen Unsummen von über vier Billionen Dollar täglich. So entwickelte sich bei den grossen US-Investmentbanken wie Lehmann Brothers, Meril Lynch, Morgan Stanley usw. ein gewaltiges Schattenbanksystem, das mit Mafia-Geldern aufgebaut wurde. Dieser Markt hat mit seinen Luftbuchungen einen Wert von dreistelligen Billionenzahlen erreicht. Der «Spiegel» gibt zum Beispiel für den Dezember 2007 eine Summe von 596 Billionen Dollar an. Das entspricht einer Summe, die 24-mal höher ist als der Wert aller Firmen an der New Yorker Börse und weitaus höher als das jährliche Gesamtbrutto-sozialprodukt aller Staaten dieser Welt.»

Dass damit – zulasten der realen Wirtschaft – verheerende Kursmanipulationen zur Erhöhung der Gewinne möglich sind, liegt auf der Hand.

2. Die Verschuldung der Weltmächte

Zur Rettung des Bankensystems – das die Krise wesentlich mitverschuldet hat – werden von den Regierungen milliardenschwere Rettungspakete geschnürt. Mächtiglich fragt sich, woher diese das Geld nehmen. (Das gilt Nota bene auch für die Schweiz, deren Nationalbank sich unter undurchsichtigen Bedingungen von der amerikanischen Zentralbank FED 60 Milliarden Dollar leihen liess!) Nun, die Antwort ist einfach. Die Notenpressen (resp. die Geldschöpfung per elektronischem Klick) laufen auf Hochtouren und die in Privathänden befindlichen Notenbanken (spez. der USA) geben Kredit und kassieren die Zinsen. Die Banken machen damit erneut den grossen Reibach, verteilen millionenschwere Boni und tun als ob alles in bester Ordnung wäre. Mittlerweile sind Staaten wie die USA, GB, Deutschland, Italien, Frankreich und Island de facto pleite. – Was kommen wird, ist heute noch völlig unklar. Sicher ist nur, dass die «Entreichung» des Mittelstandes weitergehen wird. Hoffentlich versuchen die Verantwortlichen nicht, den Euro allein oder im Verbund mit dem Dollar an die Stelle des maroden Dollars zu setzen. Ein «Euro-Dollar» würde den Vasallen-Status Europas gegenüber den USA zusätzlich

festigen und den unvermeidlichen Niedergang der USA als reale Weltmacht hinauszögern.

Vermutlich wäre eine «Korbwährung» aus geeigneten Währungen der grossen Volkswirtschaften dieser Welt oder die Rückkehr zu einer Realwerte – Währung eine Alternative zur derzeitigen dollar-gestützten Gefährdung des Weltmarktes.

Ernsthaft zu prüfen wäre auch die Einführung regionaler Komplementär-Währungen nach dem Muster des WIR-Geldes, das seine Feuerprobe längst bestanden hat. Die kleinen Banken täten gut daran, sich an diesem Geld zu beteiligen, statt es zu bekämpfen.

3. Die Machtüberdehnung der USA mit den irrwitzigen Militärausgaben

Solange sich die USA gemäss dem Brzezinski Plan als einzige Weltmacht verstehen, die Israel Lobby AIPAC allenfalls auch den neuen Präsidenten Obama wird gängeln können, wird die USA ihre Militärausgaben von jährlich rund einer Billion Dollar nicht abbauen können (wollen!). Das bedeutet, dass die ultimative Forderung der Fachleute zur Haushaltsanierung der USA reines Wunschdenken bleiben wird. Die Verschuldung bis zum Bankrott, zum realen «geht nicht mehr» wird weiter gehen.

Die Ablösung der USA als einzige Weltmacht ist zwar in vollem Gange, nur sehen die Verantwortlichen hier und dort das noch nicht ein.

4. Die Überschwemmung der Märkte mit virtuellem Geld (Monopoly-Kasino!)

Der von Bankern, Politikern und mafiösen Geschäftsleuten ausgelöste Flächenbrand ist durch das Einspeisen von weiteren Dutzenden, ja Hunderten von Milliarden Euros oder Dollars offenkundig nicht zu löschen.

Zu dieser Thematik ein weiteres Zitat aus einem Aufsatz des bereits oben erwähnten Holger Strohm, dem grossen europäischen Denker und Philosophen:

«Dass Betrüger Aktienkurse manipulieren und Insider-Geschäfte tätigen, darüber hört man in Medien gelegentlich. Doch dass die Mafia hierbei das ganz grosse Rad dreht, darnach sucht man vergebens. Als sie jedoch durch ihre Finanzmacht in Jahren 2001/2002 die Börsen krachen liess und zum Beispiel den Nemex 50 von 9308 auf einen Dreissigstel – nämlich 209 Punkte – kollabieren liess, vervielfachte die Mafia ihr Vermögen, indem sie auf Höchststand ausstieg und bei Tiefstand erneut einstieg, völlig

ohne Risiko, da sie mit ihren Billionen den Börsenmarkt kontrolliert. Daraufhin ermittelte die Börsenaufsicht gegen den Mob. Tonnenschwere Unterlagen und Aktienberge lagerten im Haus Nr.7 direkt neben den Zwillingstürmen, die dem 11. September zum Opfer fielen. Doch auch das Haus Nr. 7, das von den Vorfällen nicht berührt wurde, sackte wunderram in sich zusammen.

In einem Anfang Oktober gesendeten Fernsehbericht, erklärten Spreng-Meister und Spezialisten der New Yorker Feuerwehr, das Haus sei von unten nach oben, mit jeweils einer halben Sekunde Verspätung von Stockwerk zu Stockwerk gesprengt und mit ihnen alle die Mafia belastenden Unterlagen vernichtet worden.

Die Aussagen der Spezialisten aber seien vernichtet worden und man habe ihnen ein strenges Schweigegebot auferlegt.»

Auch im Zusammenhang mit dem aktuellen Bankenkrach sollen die Banken durch die organisierte Kriminalität in die Pleite getrieben worden sein und die Mafia könne nach dem oben beschriebenen Muster ihr Vermögen erneut vervielfachen. Die von ihnen ausgeraubten Banken werden auf Kosten des Steuerzahlers saniert. Die Mafia weiss sehr genau, dass kein Land seine Banken vor die Hunde gehen lässt. Sie kann sich hundertprozentig auf ihre Politiker verlassen (lt. H. Strohm!).

Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Herr Bundespräsident Merz – es ist schön, dass Sie Optimismus verbreiten. Es braucht aber mehr als Zweckoptimismus und Verschleierungstaktik!

Wir erwarten, dass Sie Klartext sprechen und griffige Massnahmen vorschlagen und realisieren, um die oben erwähnten Eiterbeulen aufzustechen. Geben Sie Anstösse für eine gesunde, ehrliche Finanzordnung, die nicht länger die Ausbeutung des kleinen Sparerers und Steuerzahlers erlaubt. Führen Sie das Geld zu seinen Kernaufgaben – als Tauschmittel und Werte-Aufbewahrungsmittel – zurück. Wenn Sie diese Aufgabe lösen, werden Sie – Herr Bundespräsident – als ein grosser Magistrat in die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft eingehen.

Für die Spekulanten und Grossbetreiber mit Hilfe des «fiat-money» darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz mehr geben – weder in der Wirtschaft, noch in der Politik!

Hans Spitz, Köniz



Fritz Meier inmitten der NA/Vigilant-Nationalratsfraktion 1983: v.l.n.r. Markus Ruf, Jean-Jacques Hegg, Fritz Meyer, Valentin Oehen und Mario Soldini

Im Gedenken an Fritz Meier (1914–2009)

Am 12. Januar 2009 ist Fritz Meier endgültig von uns gegangen. Die Partei verliert mit ihm einen hartnäckigen Kämpfer gegen die Überfremdung der Schweiz. Angeführt von ihrem Zentralpräsidenten, Gemeinderat Ueli Brasser, durfte auch eine Schar Schweizer Demokraten in der protestantischen Kirche Ellikon an der Thur, dem lebenslangen Wohnort des Dahingeschiedenen, von diesem Abschied nehmen.

Fritz Meier hatte als Angehöriger der Gründergeneration ein grosses Verdienst bei der Entstehung der Nationalen Aktion. Er vertrat die Partei ab 1977 im Zürcher Kantonsrat und von 1979 bis 1991 im Nationalrat. 1987 fiel ihm die Ehre zu, als Alterspräsident dieses Rates die erste Session nach den Wahlen zu eröffnen. Sein Wirken beschränkte sich aber nicht auf solch ehrenvolle Aufgaben. Der Kampf gegen die bevölkerungsmässige Überfremdung war ihm immer ein zentrales Anliegen. In seinem Allerheiligsten, dem Keller seines Einfamilienhauses, war er unermüdlich bei der Arbeit, bereitete Unterschriftenlisten für die Beglaubigung vor, entwarf und vervielfältigte Flugblätter. Sie waren bestimmt nicht schlecht, gelang es ihm doch, im Raume Winterthur und Umgebung eine schlagkräftige Sektion zu bilden. Das Schwergewicht seines Wirkens schlug sich auch beim Namen nieder, den er ihr gab. Für ihn war es immer die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat». Warf man ihm vor, der Name sei doch viel zu lang und kompliziert, bestand er mindestens auf «Nationale Aktion gegen die Überfremdung». Nie genügte ihm einfach

Nationale Aktion. Er sah aber auch die Gefahren der Überbevölkerung und Umweltzerstörung voraus. Davon zeugen Auszüge des ersten Parteiprogramms von 1963, das von ihm stammte, zum Beispiel: «Die Überfremdung als Ursache riesiger Überbauungen lässt ganze Landschaften verschwinden.» Er war auch langjähriges Mitglied der Primar- und Oberschulpflege von Ellikon. Es soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, dass er ein Mann mit Ecken und Kanten war. Seine Kantigkeit bereitete ihm ab und zu grosse Mühe, eine gewisse notwendige Parteidisziplin einzuhalten. Dies hinderte ihn aber nicht, als Fraktionskollege im Kantons- und Nationalrat ein guter Kumpel zu sein.

Auch in seinem vorpolitischen Leben war Fritz Meier immer ein guter Schweizer. Den ganzen Zweiten Weltkrieg leistete er Aktivdienst als Radfahrerkorporal. Beim örtlichen Schützenverein übte er sich im Schiessen. Als begeisterter Sportler war er aber auch im Turnverein und Fussballclub tätig. Besondere Sorge war ihm die Erhaltung des Freiheitsbaums in Ellikon. Er liess sich bei der Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur zum Konstrukteur weiterbilden, was ihm eine berufliche Sicherheit verlieh, die für seine spätere politische Tätigkeit sehr wichtig war.

Heutige Stimmbürger haben oft keine Ahnung, wie viel zivilen Mut es brauchte, seinerzeit etwas gegen die Einwanderung zu sagen, resp. zu unternehmen! Seine treue Gattin, die er 1940 heiratete, schenkte ihm vier Töchter, was ihn mit grossem Stolz erfüllte. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Schweizerin des Jahres 2008

Fortsetzung von Seite 11

worden. Tatsächlich sind diese aber hauptverantwortlich für z.T. noch gar nicht absehbare Schäden, die unserer Gesellschaft und Wirtschaft in den vergangenen Monaten zugefügt wurden.

Als Generaldirektor der Nationalbank zeichnet Roth mitverantwortlich, nicht nur für die jahrelange versteckte Erfüllungsgehilfen-schaft der Nationalbank gegenüber der amerikanischen Notenbank in Sachen Schweizer Goldreserven, Goldpreismanipulationen und Dollarstützung, sondern auch für die undurchsichtigen Vorgänge bei der milliarden schweren Unterstützung der verantwortungslosen Grossspekulanten der Schweizer Banken. In einem parlamentarischen Vorstoss wurde dieses Problem bereits als diplomatischer Landesverrat angesprochen.

Widmer-Schlumpf steht für einen höchst bedauerlichen Paradigma-wechsel in unserer politischen Kultur. Da sie sich für Intrigen auf höchstem Niveau einspannen liess, förderte sie die innerstaatlichen Zerfallserscheinungen und schuf sehr direkt enorme Spannungen, deren Folgen noch nicht absehbar sind. Beide hätten demzufolge eine **Negativ-Auszeichnung** verdient, aber so war ja die Award-Vergabe nicht gemeint!

Es ist hier die Frage zu stellen, wer wohl dafür verantwortlich ist, dass diese beiden Personen überhaupt zu «papabili» gekürt wurden. Für die Bundesrätin ist diese Frage besonders brisant, da sie erst gerade ein Jahr im Amt ist und zudem meines Erachtens vorher noch nie ein Bundesrat für diese Ehrung vorgeschlagen wurde.

Doch der Höhepunkt kam mit der Publikumswahl des(r) Schweizer(in) des Jahres.

Man wähnte sich in einem diktatorischen, kommunistischen Staat, als sich Widmer-Schlumpf angeblich mit 69,62 % aller abgegebenen Stimmen gegen 17 andere, teilweise sehr bekannte und verdiente Kandidaten durchsetzte.

Darunter so prominente Persönlichkeiten wie die Sportler Frei und Käslin oder die Politiker Minder und Strahm. Da auf die Plätze 2 bis 5 auch noch rund 17% der Stimmen entfielen, hätten also die 13 weiteren Kandidaten im Schnitt rund 1% der Stimmen gemacht.

Dass das hier mit rechten Dingen zugegangen sein soll, glaube wer will!

Entweder wurde beim Fernsehen betrogen – was eher unwahrscheinlich ist, oder die «Spitzbuben-Partei» BDP (siehe Schweizer Demokrat vom 12.12.08) hat ein wohlorganisiertes Spektakel abgezogen.

Es ist ja nicht allzu schwer, einige Dutzend Mitglieder zu beauftragen, sie sollen während drei Stunden so oft wie möglich die Nummer 0901 5449 18 anrufen, um damit der eigenen Bundesrätin einen sicheren Vorsprung zu verschaffen. **Denn jeder kann seine Stimme beim heutigen System so oft abgeben wie er will!**

Nur eben – die BDPLer haben offensichtlich überzogen – das Resultat verrät den Gag und das Schweizer Fernsehen tut gut daran, diese Art Zuschauerbefragung in Zukunft nicht mehr durchzuführen.

Eine «Schweizerin des Jahres», die für unser Land und Volk in den vergangenen 15 Monaten mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat, werden wir nun wohl ertragen müssen. Wir werden es überleben!

*Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Köniz*

**Kanton Aargau****Grossratswahlen vom 8. März 2009: SD Liste 7**

Die Schweizer Demokraten kandidieren bei den Grossratswahlen in neun Bezirken, nämlich in Aarau, Baden, Bremgarten, Kulm, Laufenburg, Lenzburg, Rheinfelden, Zofingen und Zurzach. Einzig in den Bezirken Brugg und Muri ist es uns, trotz grössten Bemühungen, nicht gelungen, geeignete Kandidaten zu finden. Aber auch so erreichen wir 86 Prozent der Stimmberechtigten im Aargau. Unser Minimalziel für diese Wahlen sind drei Sitze, wenn wir jedoch fünf Sitze erreichen, ist es uns möglich, eine eigene Fraktion zu bilden und damit durch die Mitarbeit in den Kommissionen direkteren Einfluss auf die Aargauer Politik zu nehmen. Dies wäre nötig, denn in der kommenden Legislaturperiode werden für den Kanton wegweisende Entscheide getroffen.

Allen voran geht es um das unselige Bildungskleblatt, welches unter der Federführung des nunmehr abgewählten Bildungsdirektors Rainer Huber (CVP) aufgegleist wurde. Für uns ist ganz klar, dass die dreigliedrige Oberstufe sowie der Kindergarten bestehen bleiben müssen. Auch bezüglich der ausser-schulischen Kinderbetreuung sind wir der Meinung, dass hier ein

Schritt zurück nicht schaden könnte. Erziehung ist Sache der Eltern und soll dies auch in Zukunft bleiben!

Ebenso sind die Bestrebungen im Zusammenhang mit der Gemeindeform und der Gebietsreform (Aargau 21) aktuell. Wir sind gegen die Zwangsfusion von Gemeinden und die Aufhebung bzw. Zusammenlegung der Bezirke (Bezirksämter usw.). Wo ein Zusammengehen von Gemeinden sinnvoll ist und von allen Beteiligten gewünscht wird, soll es möglich sein, aber niemals darf «Aarau» finanzschwache Gemeinden finanziell noch mehr ausbluten und zur Fusion zwingen.

Im Gegensatz zu den bisherigen Grossratswahlen gilt diesmal das «Kandidatensystem». Das heisst, dass jeder Kandidat einer anderen Partei, der auf unseren Listen aufgeführt ist, unserer Liste als Stimme verloren geht.

Deshalb ist diesmal besonders wichtig:

Entscheiden Sie sich für die unveränderte Liste 7!

Sie unterstützen damit unseren Kanton und unsere Heimat am besten.

*Lidwina Wiederkehr, Rekingen,
Wahlkampfleiterin*

Jede Stimme zählt gleich stark – am besten wählen Sie mit Liste 7

Das Bundesgericht hat in einem Urteil klar festgehalten, dass das alte Grossratswahlgesetz den Anforderungen der Bundesverfassung nicht genügt. Das Oberste Gericht hat entschieden, dass ein Wahlsystem nicht verfassungskonform ist, bei dem in einem Bezirk mehr als 10 Prozent der Stimmen erforderlich sind, um einen Sitz zu erlangen. Das neue Wahlsystem, welches nun bei den Grossratswahlen vom 8. März 2009 zum ersten Mal zum Einsatz kommt, entspricht den Forderungen des Bundesgerichtes. Neu ist, dass keine Stimmen mehr verloren gehen, weil jede Stimme im Kanton gleich stark zählt. Mit dem neuen Wahlgesetz werden also die entsprechenden Stimmen – nicht wie bisher – als wertlos verfallen. Das neue Wahlmodell schafft die unsäglichen Listenverbindungen (Reststimmen) zwischen den Parteien ab. Mit dem

neuen Wahlsystem erhalten auch kleine Parteien eine Chance, am politischen Geschehen aktiv teilzunehmen. Das, und nur das ist gelebte direkte Demokratie! Die Macht darf nicht in die «Hände» von einer, zwei oder drei politischen Parteien fallen. Mit dem neuen Grossratswahlgesetz werden die politischen Kräfteverhältnisse gesamtkantonal genau abgebildet. Nur so haben die Bürgerinnen und Bürger Gewissheit, dass im Grossen Rat auch ihre Stimme gehört und Gewähr dafür geboten wird, dass wiederum Minderheitsmeinungen Berücksichtigung finden. Denn, erst wenn alle Akteure am politischen Meinungsprozess teilnehmen können, kann gewährleistet werden, dass im Sinne des Aargauervolkes entschieden wird.

*René Kunz, Reinach,
Kantonalpräsident SD Aargau*

**Kanton Bern****Auch SD sammelten Unterschriften gegen HarmoS**

Auch die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern konnten vergangene Woche bei der Staatskanzlei 1150 beglaubigte Unterschriften gegen das Schulkonkordat HarmoS deponieren, die vor allem auf dem Postweg innerhalb der SD-Parteibasis gesammelt wurden.

Die SD sehen das demokratiedefizitäre Schulkonkordat HarmoS als Verstaatlichung der Erziehung. Bei einer Annahme von HarmoS

würde im Bedarfsfall keine Möglichkeit mehr bestehen, das Volksschulgesetz zu korrigieren, da HarmoS über dem kantonalen Volksschulgesetz steht. Die SD kritisieren zudem am Schulkonkordat HarmoS die Entwicklung hin zur Staatserziehung und Staatsbetreuung der Kinder. Die Lehrkräfte würden auch mehr und mehr als «Babysitter» eingesetzt.

Roland Schöni, SD-Kampagneverantwortlicher gegen HarmoS



Petit courrier personnel



Mary Meissner,
Vernier

A la suite d'ennuis de santé ne touchant pas à mon intellect, j'ai essayé de tourner une page de ma vie en cessant mes interventions journalistiques. Plus facile à dire qu'à faire, cette décision a provoqué tant de protestations, de chaleureuses demandes et d'encouragements de la part des lecteurs mis au courant, que j'ai laissé une por-

te ouverte aux événements graves méritant d'être commentés.

D'autre part, vu que toutes mes prévisions catastrophiques se sont réalisées à ce jour, je vais essayer de continuer à ruer dans les brancards de cette brouette helvétique remplie de politique vacillante, suivant cahin-caha les bourrasques mondiales, en oubliant ses propres citoyens. Les forces occultes mondiales ont réussi un coup de maître aux USA en créant de toute pièce un président visible blanc et noir, issu du métissage avéré de cette nation où les Blancs n'ont plus que 50%. Mais la composition du gouvernement reste inchangée et Barack Obama, otage propulsé au

sommet du pays à coups de milliards de dollars, devra se conformer au plan élaboré de longue date par ces pharaons invisibles, pour mettre en place un nouvel ordre mondial qui s'écroulera avec la mort de notre planète. Oh! vanité des vanités! Ceux qui nous gouvernent sont des naïfs imbus d'eux mêmes, sans projets d'avenir.

Cela se comprend, lorsqu'on vit dans les mensonges politiques, économiques, religieux et médicaux élaborés au cours des siècles, lorsqu'on nage dans des mythes planétaires aussi farfelus les uns que les autres, quel cerveau humain est assez fort pour séparer l'ivraie du bon grain? Bref, me

voilà revenue à des considérations profondes me remettant en selle pour quelque temps encore. Merci à tous ceux qui m'ont aidée à remettre le pied à l'étrier.

Mary Meissner

Non à la révision de la loi sur la prévoyance professionnelle

Non à la baisse des rentes!

**Signez le référendum!
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne**

Triste triumvira

Depuis l'accession au Conseil fédéral de trois entités féminines, les citoyens de ce pays sont plongés dans un brouillard soporifique les empêchant de réfléchir et d'analyser une situation se péjorant chaque jour un peu plus. La preuve en sont les 90'000 signatures récoltées pour supprimer l'art. 261 bis, alors qu'il en fallait plus de 100 000 pendant le délai imparti... Lorsqu'on sait que cette apathie politique consolide une faute grave vis-à-vis

des Droits de l'homme qui concèdent dans l'art. 19 une totale liberté d'expression pour tous et dans tous les domaines, le libellé du 261 bis est une guillotine annulant cette liberté. Donc les gouvernements qui appliquent cette loi, sont en contradiction juridique, morale et déontologique. De plus cela ouvre une porte aux revendications de toutes sortes exprimées par des groupes de protestataires étrangers venant manifester dans

nos rues tranquilles de pays neutre. Le dernier rassemblement de 10 000 Tamouls devant l'ONU à Genève, manifestation autorisée en faveur des Tigres Tamouls qui occupent indûment le Nord et l'Est du Sri Lanka depuis trente ans, en est la preuve flagrante.

De quel droit ces Indiens originaires du Tamil Nadu exigent-ils la cessation d'une intervention militaire les boutant hors de l'île, alors qu'ils savent très bien être des envahisseurs qui doivent retourner chez eux et rendre aux autochtones les habitations et les terres volées.

Que se passe-t-il en réalité? Les pays disposant d'une loi 261 bis, en Suisse, Gayssot en France, pareille en Allemagne, Italie et Autriche ont laissé les demandeurs d'asile tamouls, défiler dans les artères urbaines et appeler les populations à soutenir leurs revendications! C'est le monde à l'envers.

Heureusement que le gouvernement Sri Lankais ne se laisse pas influencer et puisqu'il a enfin la force de rejeter ce cancer tamoul après tant d'années frustrantes et létales pour quantité d'iliens, il ne doit plus reculer. D'aucun comparant cette guerre à ce qui se passe à Gaza, c'est pourquoi. Moi, je la compare aux articles muselières appliqués en Occident. Le fait de donner raison à ceux qui mentent, volent et destabilisent, est une faute grave. Hélas! c'est tellement compliqué que l'on doit comprendre l'attitude attentiste et mitigée de

notre triumvira de nanas politiques. Ne sachant plus à quel Saint se vouer.

Maria de Seimners

Le Pileri

L'inutilité de l'ONU

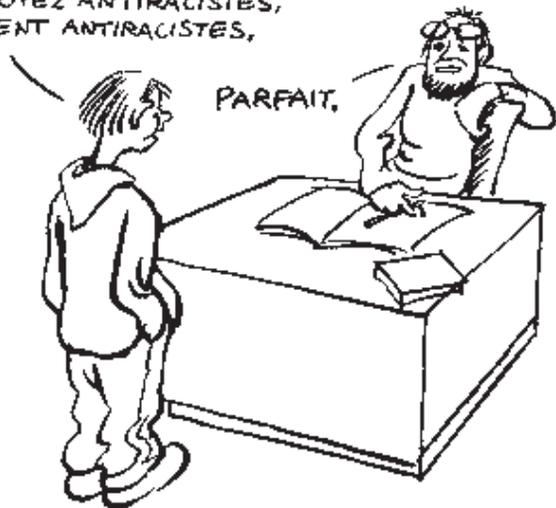
Que fait cet organisme monstrueusement coûteux, fondé en 1945 par 58 pays ayant signé l'engagement de supprimer tout conflit armé sur notre planète, en l'occurrence, la guerre au Congo? Aujourd'hui ils sont presque 200, mais les bombes continuent de tomber dans d'autres pays, sans que l'ONU puisse faire cesser les exactions, la prostitution et les viols, les vols et autres actes pédophiles perpétrés par les casques bleus.

Les responsables prétendent que la MONUC (force armée onusienne) n'est pas au Congo pour combattre la rébellion (si tant est qu'on puisse prouver qu'il s'agit bien de rébellion) mais pour appuyer l'armée de Kabila. Qu'est-ce que c'est que cette salade? L'appui se borne-t-il à faire la popote pour les soldats ou leur lessive? Quant à protéger la population avec 17 000 casques bleus, pourquoi des millions d'habitants, femmes et enfants compris, s'enfuient au delà de la frontière abandonnant leur habitation pour éviter d'être massacrés. Elle est belle la protection de l'ONU? Où va l'argent encaissé par ces incapables apathiques?

LE VERBE ÊTRE AU SUBJONCTIF PRÉSENT?

QUE J' SOYE ANTIRACISTE,
QU' TU SOYES ANTIRACISTE,
QU' I SOYE ANTIRACISTE,
QU' ON SOYE ANTIRACISTES,
QU' VOUS SOYEZ ANTIRACISTES,
QU' I SOYENT ANTIRACISTES,

PARFAIT.



Pour ceux qui aiment la liberté

Nous apprenons avec tristesse le licenciement immédiat du professeur de géopolitique Aymeric Champrade enseignant au collège interarmées de défense à Paris. Il donnait des cours aussi au Maroc et à l'Université de Neuchâtel et ceci, parce qu'il a osé écrire dans l'introduction de son livre «*Chronique du choc des civilisations*», que le drame des Tours de Manhattan avait été provoqué par un complot israélo-américain. Notre propos n'est pas de revenir sur cette catastrophe dont d'autres auteurs ont mis en doute les causes officielles, mais prouver que dans l'Union Européenne, les lois muselières sont appliquées à tous les niveaux, et pas seulement à ceux qui posent des questions au sujet de la shoah.

Chez nos voisins, le Front national de Jean Marie Le Pen en a vu de toutes les couleurs et se dissout lentement, en Italie les mafias se renforcent, et je saisis cette occasion pour vous parler du Conseil de la Liberté, une association anglaise éditant un superbe journal contenant les mêmes articles que ceux des Démocrates Suisses ex Action Nationale.

Ces milliers de citoyens anti européens, demandent que l'Angleterre sorte de ce borborygme européen malade de ses contradictions. Ils demandent le retour à la liberté d'expression, ils critiquent les changements de la langue désignant les femmes de ménage comme des aides sociales ou le doctorat devenant un dominant ou l'arti-

sanat un synthétique. Ma traduction est littérale, mais en anglais c'est plus percutant: Masterfull devient domineering, ou very skilful, Patient devient person, et Man-made, synthetic.

Ils rejettent le politiquement correct et les enseignements européens par un endoctrinement programmé, et dénoncent la fondation de l'UE basée sur des non-dits surtout le fait et la perte de souveraineté nationale des membres enchaînés à des pertes abyssales, dont l'Angleterre est un des principaux donateurs remplissant ces fonds. Gerard Batten lutte féroce pour récupérer la liberté perdue des britanniques vis-à-vis de l'UE car le citoyen n'est maintenant plus protégé par les lois britanni-

ques s'il est accusé par un membre de l'UE. Cela ressemble fort à notre refus helvétique d'avoir des juges étrangers dans nos cantons. Il accuse Europol d'être intronisé comme instance juridiquement intouchable, devenu une police supranationale, une légalité qui était déniée même à la NKVD soviétique. Gérard Batten reconnaît l'attitude passive de son gouvernement lors de la signature de cette convention qui donne la possibilité à chaque pays d'arrêter et de juger des citoyens appartenant à l'UE. Rien n'arrêtera ce rouleau compresseur destructeur de libertés où la Bulgarie et la Roumanie pensent pouvoir prendre une part empoisonnée.

Le parti Indépendant britannique exige un retrait total de la Grande Bretagne de l'UE. Pour nous ce n'est pas le moment d'y entrer.

Mary Meissner

Les corbeaux ont gagné

Vraiment? Si l'on se réfère à l'affiche de l'UDC qui a fait couler tant d'encre! Si les concepteurs avaient basé leur propagande sur la fable de La Fontaine du corbeau et du renard, le renard étant l'U.E. désirant à tout prix le fromage suisse, c'est le corbeau qui aujourd'hui est le grand perdant de cette lutte épique qui dure depuis des années. Ceux qui ont parlé le plus fort pour le oui, ont naturellement passé sous silence les menaces avérées de Bruxelles qui exigent des autorités fédérales qu'elles avalisent un

double paquet pour les votations du 8 février, noyant ainsi le vrai motif des enjeux européens qui, vu les soubressauts muselés de leurs membres, agitent les populations qui doivent accepter sans broncher les aléas de la politique déséquilibrée des requins de Bruxelles. Le corbeau Darbellay a réussi, soutenu par la chouette du Nomes, à lâcher le fromage appartenant aux Suisses, dans la gueule du renard européen dont l'appétit est insatiable. A peine les résultats des votations connus, les mafieux se tré-

moussent devant la perspective d'autres capitulations qui serviront à remplir le tonneau percé de l'U.E. Y a-t-il une commission de contrôle pistant le parcours de ces immenses sommes d'argent versées par des millions de contribuables paupérisés dans 27 pays qui sont contraints de perdre leur âme pour pouvoir faire face aux exigences du veau d'or? Ci-dessous la lettre de Gilbert Magnenat, ex. député Vigilance, actuellement membre actif de l'UDC Genève qui éclaire la situation actuelle d'une meilleure façon que la sousignée.

Mary Meissner

Votation fédérale du 8 février:

honteuse et inutile!

Voilà comment Bruxelles a violé notre système démocratique: Désireuse de ne pas vexer la Bulgarie et la Roumanie par le refus attendu du peuple suisse, Bruxelles, après moultes pressions et chantages, tels que tours de vis lors du renouvellement des accords, pressions accrues pour supprimer le secret bancaire helvétique, nos ambassadeurs auprès de l'Union européenne, notre Conseil fédéral et les Chambres ont tous capitulé et accepté de mélanger deux sujets différents, la reconduction des accords bilatéraux et l'extension de la libre circulation à ces deux pays de l'Est.

Au Parlement fédéral, seule l'UDC a refusé cette magouille, également utilisée de temps à autres par certains cantons.

Ni les votants, ni les élus ne savent ce que le peuple a voté ce 8 février: probablement OUI aux accords bi-

latéraux et NON à la Roumanie et à la Bulgarie. Sans les pressions conjointes de Bruxelles et des milieux économiques, il est certain que c'est un NON au paquet qui serait sorti des urnes, et aurait donné une belle leçon de démocratie directe à cette Europe autoritaire et réductrice de nos libertés.

Pour éviter à l'avenir qu'un tel scandale se reproduise, nous serons contraints de modifier notre brave constitution fédérale, obligeant nos autorités à faire voter séparément sur des objets distincts. Ceci pour la clarté, la compréhension et l'utilité du vote qui devrait guider nos édiles. Il est urgent de rétablir la confiance des citoyens bafoués par une entité étrangère qui méprise manifestement la plus ancienne démocratie en Europe.

Gilbert Magnenat,
ancien Député

Le Pileri

A Soleure, l'horreur!

Trois chauffards âgés de 18 ans ont tué une Suisseuse de 21 ans au volant d'une Golf entre Aarau et Schönenwerd, au cours d'un rodéo imbécile où ces Turc, Croate et Serbe se dépassaient à tour de rôle à plus de 100 km/h sans se préoccuper des voitures venant en sens inverse.

Banal incident de la route direz-vous, un de plus, mais où le scandale surgit, c'est lorsque ces étrangers de l'Est deviennent des assassins chez nous, laissés libres par une police qui ne les met même pas en détention. Il leur sera facile de s'enfuir dans leur pays, de se rétracter au tribunal vu la liste des voyous attendant d'être jugés, et même de magouiller une version maquillée des faits. Evidemment, cette affaire provoque l'émoi outre Sarine, mais l'injustice et l'incompétence de notre justice n'étant plus à démontrer, on peut prévoir

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «**Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat**» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «**Démocrate Suisse**» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
info@democrates-suisse.ch
www.democrates-suisse.ch

L'immigration, source d'enrichissement?

Notre société a beau être officiellement laïque, la pensée de type religieux n'en a pas disparu pour autant: jusqu'à l'automne dernier, l'autorégulation des marchés était par exemple un dogme intangible; la crise économique a entre-temps ouvert bien des yeux... L'un des autres dogmes auquel on nous prie d'adhérer depuis des décennies, c'est que l'immigration est une nécessité, un bienfait et un enrichissement. Peu importe la disparition progressive de la population indigène, les problèmes d'intégration, l'apparition de sociétés parallèles et la sur-représentation des jeunes immigrés dans les statistiques sur la criminalité: sans immigration, la situation serait pire! L'économie manquerait de bras et le financement de nos retraites ne serait plus assuré. Ce raisonnement repose sur la croyance que les immigrés rapportent davantage qu'ils ne nous coûtent. Qu'en est-il vraiment? Des études parues en Grande-Bretagne, en Allemagne et en France au cours de l'année 2008 fournissent des éléments de réponse défavorables aux thèses pro-immigration.

Grande-Bretagne

Depuis plusieurs années, le gouvernement britannique affirme que les travailleurs étrangers contribuaient annuellement à hauteur de 6 milliards de livres anglaises (environ 10 milliards de francs suisses) à la richesse de la Grande-Bretagne. La Commission des affaires économiques de la Chambre des Lords (Parlement britannique) a voulu en avoir le cœur net et a réalisé une étude sur la question. L'étude a été publiée au mois

d'avril 2008 sous le titre «The Economic Impact of Immigration». Elle explique en substance que l'immigration de travail des dix dernières années n'a rien apporté à la Grande-Bretagne et que cette situation n'est pas près de changer. La Commission des affaires économiques constate: si l'économie a certes crû dans son ensemble, le produit intérieur brut par habitant n'a pas augmenté. Le bilan de la politique d'immigration britannique se dégrade encore si l'on considère les faits suivants: lorsque la population immigrée augmente de 1,0%, les salaires des basses couches sociales britanniques diminuent de 0,5%. La possibilité de recourir à une main-d'œuvre étrangère bon marché affaiblit en outre la volonté d'innovation des producteurs. Enfin, l'augmentation rapide de la population totale a fait grimper les loyers de manière disproportionnée dans les villes. L'étude évoque aussi des aspects non économiques de l'immigration tels que la criminalité, la sécurité, les rapports entre les groupes ethniques, le tourisme sanitaire ainsi que le retour de maladies telles que la tuberculose. Sur la base de ces résultats, la Commission des affaires économiques recommande au gouvernement de repenser de toute urgence sa politique d'immigration.

Allemagne

Sur mandat de la Fondation Bertelsmann, le Bureau d'études de politique du travail et de politique sociale (BASS), sis en Suisse à Berne, s'est attelé à chiffrer les coûts liés au manque d'intégration des immigrés en Allemagne. Les résultats ont été rendus publics en

janvier 2008 dans une étude intitulée «Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland»: le BASS estime que la mauvaise maîtrise de l'allemand par les immigrés, l'insuffisance de leurs réseaux sociaux et leur manque d'intégration au marché du travail font perdre à l'Etat des recettes fiscales ainsi que des cotisations de retraite et d'assurances sociales à hauteur de 16 milliards d'euros (environ 24 milliards de francs suisses) par an. Concernant le niveau d'intégration des immigrés, l'étude fournit des chiffres que l'on peut sans exagération qualifier de sidérants. Si 75% des immigrés de la seconde génération sont réputés intégrés, les résultats sont en revanche catastrophiques pour les immigrés de la première génération, avec seulement 18% d'intégration réussie. Ce taux passe à 44% en cas de naturalisation, ce qui est mieux, mais encore toujours faible.

France

En mars 2008, l'association Contribuables Associés a publié une enquête intitulée «Le coût réel de l'immigration en France». Le bilan est sans appel: la comparaison des coûts et des bénéfices met en évidence un déficit public de l'ordre de 36 milliards d'euros (environ 54 milliards de francs suisses) par an, à la charge des contribuables. L'étude explique qu'il n'en a cependant pas toujours été ainsi: pendant les Trente Glorieuses (1946-1975), l'immigration de travail avait été un bénéfice pour l'Etat, car les cotisations sociales encaissées étaient alors supérieures aux prestations fournies. Mais avec le regroupement familial, la recherche par les migrants d'un asile politique ou économique et l'aggravation des déséquilibres Nord-Sud, l'immigration de travail s'est peu à peu transformée en immigration de peuplement. Du fait de l'augmentation des besoins de la population immigrée et issue de l'immigration en matière de logement, de santé et d'éducation, les dépenses de l'Etat ont fini par dépasser les recettes générées par les cotisations sociales et les impôts. A mesure que leur nombre augmentait, les immigrés sont devenus un fardeau financier pour l'Etat français.

Suisse

Qu'en est-il en Suisse? En janvier 2009, l'hebdomadaire «Die Welt-



woche» a demandé aux économistes Franz Jaeger (Université de Saint-Gall), Reiner Eichenberger (Université de Fribourg), George Sheldon (Université de Bâle) et Mathias Binswanger (Haute Ecole de la Suisse du Nord-Ouest) si les immigrés installés dans notre pays contribuaient au financement des assurances sociales ou si ces dernières étaient au contraire déficitaires en raison des rentes et des indemnités qu'elles doivent verser aux immigrés.

Fait étonnant: hormis George Sheldon, aucun des économistes n'a pu mentionner d'étude sur la question. Si Sheldon dit qu'il n'est pas facile d'y répondre, il estime pourtant que le bilan fiscal de la Suisse s'améliorera sensiblement en raison du niveau de formation plus élevé des travailleurs étrangers arrivés récemment en Suisse. Ce qui est une autre manière de dire que les vagues d'immigration précédentes ont eu un impact plutôt négatif. Franz Jaeger parle prudemment d'un bilan social «probablement négatif» pour les immigrés originaires des Balkans et de la Méditerranée latine. Reiner Eichenberger croit que, dans le long terme, les étrangers venus jusqu'à présent en Suisse profiteront davantage des prestations sociales qu'ils ne contribueront à les financer – un phénomène qui s'explique par leur niveau de qualification généralement bas. Mais la tendance devrait s'inverser avec les nouveaux immigrés, mieux qualifiés. Il ne reste qu'à espérer que la part des travailleurs étrangers qualifiés demeurera durablement supérieure à la part des travailleurs peu qualifiés. Franz Jaeger se veut rassurant: la nature de l'immigration dépend des besoins des entreprises. L'exemple de la France montre pourtant que ce principe n'est pas absolu.

Jan Mahnert, Berne, est un auteur indépendant

Le Pileri

Suite de page 14

l'immunité et quelques jours anen-des, comme punition pour la mort d'une jeune femme. De plus il est possible que ces tueurs inconscients restent bien planqués en Suisse s'ils sont entrés sous prétexte d'échapper à leur propre police pour demander un droit d'asile usurpé et basé sur le mensonge.

Pourquoi la Suisse?

Amnesty International critique à nouveau l'ODM (Office des Migrations suisse) parce que trois demandes d'asile déposées par des détenus de Guantanamo ont été rejetées. Il s'agit d'un Libyen, d'un Algérien et d'un Chinois. Les Etats-Unis étant prêts à libérer ces hom-

mes devenus inoffensifs paraît-il depuis l'élection d'Obama, pourquoi ont-ils choisi la Suisse? La réputation de nos libéralités et de notre incapacité de renvoyer certains ressortissants étrangers dans leur pays respectif sont-ils des motifs particuliers d'attraction? Si nous refusons leur venue à l'instar d'autres pays contactés ayant refusé de les accueillir, serons-nous de nouveau la cible d'injustes critiques? N'avons nous pas le droit de dire NON surtout lorsqu'il s'agit d'un citoyen libyen, pays avec lequel nous avons un contentieux et de l'Algérie qui refuse de reprendre ses délinquants? De quoi Amnesty International se mêle-t-il, comme s'il n'y avait pas d'autres nations sur la terre? Octopus

Stellungnahme der Schweizer Demokraten (SD) zur eidg. Abstimmung zur Personenfreizügigkeit

Der Souverän hat entschieden!

Das Resultat im Verhältnis 60:40 ist zu akzeptieren. Speziell gratulieren die Schweizer Demokraten ihrem Bündnispartner – der Lega dei Ticinesi – welcher im Tessin dem erwarteten satten Nein-Ergebnis zum Sieg verholten hat. Wir danken allen – in der ganzen Schweiz – die das mutige Nein unterstützt haben!

In der Deutschschweiz und der Romandie sieht die Situation jedoch meist anders aus. Dies überrascht nicht (mehr): Die Befürworter (inkl. der Bundesrat mit dem Integrationsbüro!) führten schweres Geschütz auf: Mindestens 10 Millionen Franken für die Ja-Propaganda! Etwas noch nie Dagewesenes! Die Angstmacherei (Isolation der Schweiz, Verlust der «massgeschneiderten» Abkommen mit der

EU usw.) kannte keine Grenzen mehr. Bürgerliche Regierungsparteien (ausser SVP!) sowie Linke und Grüne, Economiesuisse und Gewerkschaften «sangen» seit Monaten unisono das Lied von den «Vorteilen» der Personenfreizügigkeit. Aber wie lange wird der Schulterchluss dieser Parteien und Organisationen, deren Interessen nicht unterschiedlicher sein können, andauern?

Diese Kreise führten den Abstimmungskampf bis zum 8. Februar mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln – auch den Unseriösesten! Höhepunkt dieser zur Schmutzkampagne ausgearteten

Abstimmungswerbung war der Angriff auf den jungen St. Galler Nationalrat der Jungen SVP, Lukas Reimann, dem der «Einsatz» der fragwürdigen Webseite «www.come-to-switzerland.com» zum Vorwurf gemacht worden ist. Economiesuisse und FDP schreckten nicht zurück, Lukas Reimann als Verantwortlichen dieser niederträchtigen Internet-Aktion zu brandmarken und zu beschuldigen. Von der Unschuldsvermutung eines Verdächtigen haben diese «Superdemokraten» offensichtlich noch nie etwas gehört...

Angesichts des Kampfes von David gegen Goliath haben die Schweizer

Demokraten und ihre Verbündeten politisch zumindest einen Achtungserfolg erzielt und den Regierungsparteien einen Schuss vor den Bug geknallt!

Verlierer dieser Abstimmung sind die seit jeher in der Schweiz tätigen Arbeitnehmer/innen und Selbstständigen, die Natur/Umwelt und nicht zuletzt die Schweizerische Demokratie!

Die Schweizer Demokraten werden auch weiterhin wachsam bleiben, um noch grösseres Ungemach von unserer Heimat fernzuhalten!

*Ueli Brassler,
SD-Zentralpräsident*

Laut SD müssen Serbien und Kosovo als «Safe Countries» gelten!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind der Auffassung, dass sowohl die Republik Serbien, wie auch die durch die Schweiz vor rund einem Jahr völkerrechtlich anerkannte Republik Kosovo, künftig bezüglich Asylsuchenden als verfolgungssichere Staaten gelten müssen. Sie fordern deshalb den Bundesrat unverzüglich auf, sowohl Serbien wie auch Kosovo auf die Liste der verfolgungssicheren Staaten («Safe Countries») zu setzen. Wie auch in sämtlichen anderen Balkanstaaten werden nach Einschätzung der SD sowohl in Koso-

vo wie auch in Serbien die Menschenrechte eingehalten und die internationalen Konventionen im Menschenrechts- und Flüchtlingsbereich respektiert. Zudem weisen derzeit Staatsangehörige beider Länder bereits heute eine signifikante Anzahl von offensichtlich unbegründeten Asylgesuchen aus. Gemäss Asylgesetz muss auf Asylgesuche oder Beschwerden von Personen, die aus einem verfolgungssicheren Staat («Safe Country») stammen, nicht eingetreten werden, es sei denn, es lägen Hinweise auf eine Verfolgung vor. Das

im Jahre 1990 eingeführte Safe-Country-Prinzip erlaubt es dem Bundesamt, Gesuche aus solchen Herkunftsländern schnell und effizient zu behandeln.

Aufgrund der verfolgungssicheren Situation, sowohl in Serbien wie auch im Kosovo, fordern die Schweizer Demokraten (SD) zudem eine konsequente und rasche Rückführung der vorübergehend aufgenommenen und abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimat.

*SD-Medienmitteilung
vom 12. Februar 2009*



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Spendenaufruf

Der Abstimmungskampf gegen die Weiterführung und Ausdehnung der EU-Personenfreizügigkeit hat uns eine Stange Geld gekostet. Mit anderen Worten: Unsere Kampfkasse ist leer. Derzeit klafft sogar ein kleines Defizit in der Parteikasse. Damit wir unsere Aufgaben im Kampf für Volk und Heimat auch künftig erfüllen können, sind wir dringend auf Ihre Spende angewiesen. Für jede Gabe, ob gross oder klein, sind wir sehr dankbar. Deshalb liegt dieser Ausgabe wiederum ein Einzahlungsschein bei. Für Ihre wertvolle Unterstützung danken wir ganz herzlich.

SD-Referendum gegen die Pensionskürzungen

Weil wir keine 10-Prozent-Renten-kürzungen für Einheimische hinnehmen wollen, werden wir ge-

meinsam mit unseren Gesinnungsfreunden von der Lega dei Ticinesi und dem Mouvement Citoyens Genevois (MCG) das Referendum gegen die Senkung des BVG-Um-

wandlungssatzes ergreifen. Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Unterschriftenbogen «Nein zum Pensionsabbau» bei. Zögern Sie nicht, noch heute zu unterschreiben und mit dem unten stehenden Talon weitere Unterschriftenbogen zu bestellen. Vielen Dank!

Bestelltalon Unterschriftenbogen «Nein zum Pensionsabbau»

Ich bestelle: _____ (Anzahl) Unterschriftenbogen

Name _____ 

Vorname _____

Strasse _____ Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern,
Fax 031 974 20 11, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch